

Volkswacht

für Schlesien

mit den wichtigsten Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Blücherstraße 4/II, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5 und Neue Raupenstr. 11, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus für ein Viertel wöchentlich 0,42 Rmt. + 4 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 55 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einfr. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Nr.: Postfach-Amt Breslau Nr. 5832
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: 24 Zeilen für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Berichtigungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen aus West- u. Ostpreußen 6 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blücherstraße 4/II oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

Italien versendet heimlich Waffen.

Es bewaffnet die ungarischen Nationalisten im Burgenland. Anhalten großer Waffensendungen auf der Grenzstation.

Wien, 2. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag trafen auf der ungarischen Grenzstation St. Gotthard fünf Güterwagen aus Italien ein, die nach den Frachtdokumenten Maschinenbestandteile enthalten sollten. Sie enthielten aber in Wirklichkeit Bestandteile von Maschinengewehren sowie Munition. Als der Forderung des österreichischen Zollbeamten, die Wagen wegen der falschen Deklaration zurückzuführen, nicht entsprochen wurde, verließen sie die Station.

Dieser Vorfall ist von politischer Bedeutung, da er zeigt, daß aus Italien unter falscher Flagge Waffen ins Burgenland geschafft werden. Angesichts der fortwährenden Treibereien der ungarischen Nationalisten gegen das österreichische Burgenland hat das Vorkommnis auf die Grenzbevölkerung äußerst beunruhigend gewirkt. Der Vorfall dürfte voraussichtlich noch im Parlament ein Nachspiel haben.

Die Tschechoslowakei bestätigt Ungarns geheime Pläne.

Prag, 3. Januar. (Eigener Funkenbericht.) Das tschechoslowakische Pressebüro teilt zu dem Zeitpunkt auf dem Bahnhof St. Gotthard an der österreichisch-ungarischen Grenze mit: „Die mit Maschinengewehren im zerlegtem Zustand beladenen Waggons aus Verona waren nach Slowakisch-Kruschitz adressiert und sollten der Deklaration zufolge im Transitwege über Österreich und Ungarn gehen. Tatsächlich aber sollte ihre Bestimmung Ungarn bleiben.“

Die ungarische Regierung versucht die Herauszufragen.

Wien, 3. Januar. (Eigener Funkenbericht.) Die ungarische Regierung läßt halbamtlich mitteilen, daß der Eisenbahntransport nicht für Ungarn, sondern für Polen bestimmt gewesen sei. Sie bestätigt im übrigen den

Vorfall so, wie er von den österreichischen Zollbeamten geschildert worden ist und erklärt die Haltung ihrer Zollbeamten damit, daß der Transport die Zollgrenze bereits überschritten hatte und sich auf ungarischem Gebiet befand. Als der Inhalt der Waggons einwandfrei festgestellt gewesen sei, hätte die ungarische Justiz die Entsendung der vorgelieferten Behörde anerkennen. Daraufhin sei verfügt worden, daß der Transport angehalten wird, weil die erforderliche Genehmigung der ungarischen Regierung zum Durchtransport des Kriegsgüter nicht vorhanden gewesen sei.

Amtliche österreichische Darstellung des Zwischenfalls in der österreichischen Zollstation Szent-Gotthard.

Wien, 2. Januar. Amtlich wird mitgeteilt: Gestern wurden der österreichischen Zollstation am Bahnhof Szent-Gotthard seitens der österreichischen Bundesbahnverwaltung die Frachtpapiere zu Zug Nr. 5873 (Ausfuhr) übergeben. Unter diesen befanden sich fünf Frachtbriefe lautend auf Maschinenteile, und zwar 501 Kisten. Als Aufgabestation erschien in den Frachtbriefen Verona, als Bestimmungsort Slowenisch-Kruschitz. Nach Ankunft des Zuges wurde von den österreichischen Zollorganen eine Stichprobe in der Weise vorgenommen, daß der Wagon Nr. 122 202 im Beisein eines Bundesbahndirektors geöffnet wurde. Man fand darin Kisten verschiedener Größe mit Maschinengewehrbestandteilen. Da demnach die Ware als falsch deklariert erwies und der nach den österreichischen Vorschriften für Durchfuhr von Kriegsmaterial erforderliche Waffenbegleiterscheinung fehlte, wurde der Bundesbahndirektor von den österreichischen Zollbeamten ersucht, den Rücktransport der Waggons auf österreichisches Gebiet zu veranlassen. Ein in dieser Richtung beim ungarischen Bahnhofsvorstand vom österreichischen Bundesbahndirektor unternehmener Schritt blieb ergebnislos. Die ungarischen Behörden vertraten hierbei den Standpunkt, daß der österreichischen Zollorganen ein Recht auf Zurückhaltung der Ware nicht mehr zustehe, da sie sich bereits auf ungarischem Gebiet befände. Es ist festzustellen, daß die polamtliche Bestimmung in Szent-Gotthard durch das österreichische Zollamt ordnungsgemäß erfolgt ist. Die Mitteilung, daß das Zollamt Szent-Gotthard infolge des Zwischenfalls den Betrieb eingekürzt habe, entspricht nicht den Tatsachen.

Das Kapital kennt kein Vaterland.

25 Milliarden Kapital sind aus Frankreich ins Ausland geflohen.

Paris, 3. Januar. (Eigener Funkenbericht.) Der sozialistische Parteiführer Leon Blum stellt heute im „Populaire“ fest, daß die Patriotenblätter „Temps“ und „Figaro“ mehrere wirtschaftliche Jahresübersichten die sich über Kapitalabflucht aus Frankreich mit 25 bis 26 Milliarden befreiten. Blum bezeichnet es als eine gewisse Schwachheit, wenn die linken Blätter einen bestimmten Standpunkt über die wirtschaftliche Lage behaupten, ohne sich dafür zu interessieren, daß diese Zahlen der Kapitalabflucht der letzten Jahre in der Höhe angegeben werden und man müsse die Zahlen prüfen, um zu sehen, ob sie den Tatsachen entsprechen. Man habe nur daran denken zu müssen, welche Überproduktion den letzten Jahren den Handelsbeziehungen als die deutschen Sozialisten sich gleichzeitig durch die Kapitalabflucht in Österreich gezeigt. Damit dürfte der Kapitalabflucht der letzten Jahre ein bestimmtes Bild gegeben werden, das die tatsächliche Lage der Wirtschaft zeigt. Die Zahlen sind im eigenen Lande unter anderem durch

über den Kommandeur entrollt, daß damals selbst die „Braunschweigische Landeszeitung“ ihrer Verwunderung darüber Ausdruck gab.

Die Sozialisten gegen die Ausmüherung des Handwerks.

Die sozialistische Regierung Braunschweigs führt die Zwangsmitgliedschaft für Geschäftsräume wieder ein.

Braunschweig, 2. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Kurz vor Neujahr hat die sozialistische Regierung des Landes Braunschweig sich mit einer Verordnungsgebung der Mieter beschäftigt und Beschlüsse gefaßt, die zwar den Hausbesitzern einigem Jozel bei den derzeitigen Bevölkerungsbedingungen aber höchste Anerkennung ausstrahlen werden. Die schwarzweisse Regierung hätte die Zwangsmitgliedschaft für Geschäftsräume auf der Straße der Hausbesitzer beibehalten. Das Ergebnis war eine teilweise unerhörte vierhundertprozentige Steigerung der Mieten für Läden und Werkstätten. Darüber hinaus behauptet der kleine Mittelstand

Die Regierung Salver hat jetzt durch eine Verordnung bestimmt, daß mehrere Geschäftsräume wieder in die Zwangsmitgliedschaft einbezogen werden. Die Mieten der Geschäftsräume waren also nicht mehr wie früher von wirtschaftlichen Gesichtspunkten abhängig, sondern wurden durch die Regierung festgesetzt. Infolge der sozialistischen Regierung verordnet, daß nicht mehr bei der Berechnung der Mieten zu dem geschätzten Sach nach die logischen Kriterien der Mieter (Kontingenztabelle) zu berücksichtigen sind. Die Mieten werden durch die Regierung festgesetzt. Es geht nicht um die Berechnung der Mieten, sondern um die Berechnung der Mieten. Die Mieten werden durch die Regierung festgesetzt. Es geht nicht um die Berechnung der Mieten, sondern um die Berechnung der Mieten.

Wieder ein nationaler Heer

Wien, 2. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die neue sozialistische Regierung hat sich heute mit dem Nationalheer beschäftigt. Die Regierung hat beschlossen, das Nationalheer wieder einzuführen. Die Regierung hat beschlossen, das Nationalheer wieder einzuführen. Die Regierung hat beschlossen, das Nationalheer wieder einzuführen.

Pariser Brief.

Nach dem Sozialistischen Parteitag.

Wieder einmal wird der Leser wohl gern anerkennen, daß wir ihn sehr genau über das unterrichtet haben, was auf dem außerordentlichen Parteitag der französischen Sozialisten vor sich gehen werde.

Wie immer hatten schlechte Propheten die schlimmsten Katastrophen vorausgesagt: Uneinigkeit, sowie daß ein Zerwürfnis über und die Spaltung unermelblich sei.

Wir hatten diejenigen, die Luft verpörsen hätten, die Informationen, die mehr die Wünsche der Gegner des Sozialismus wiedergeben als die wirklichen Tatsachen, gewarnt, sie zu glauben. Das gleicht dem Geisteszustand jenes Engländers, der einer Menagerie bei allen ihren Ortswechseln folgte, um bei der Abendvorstellung helfen zu können, auf der früher oder später der Dompteur unglücklicherweise zerrissen werden mußte.

Vor jedem sozialistischen Parteitag verkündet die Reaktion feierlich, daß der Dompteur dieses Mal verpörsen wird. Man wird aber dieses Vergnügen noch einmal auf später verschieben müssen. Die Sozialisten haben sich nicht nur nicht entzweit und gespalten, sondern ihre Debatten führten schließlich auch zu voller Einmütigkeit. Alle Beschlüsse sind einstimmig angenommen worden.

Sogar die den Bolschewisten zuneigende Richtung, deren Vertreter in der Resolutionskommission sich damit begnügte, sich jeder Stellungnahme zu enthalten, beeinflusst in keiner Weise die öffentlichen Sitzungen. Infolgedessen wurde die Einmütigkeit durch den Präsidenten verkündet.

Der Text der beiden Resolutionen, die sich auf die Wahl

zum 1. Wahlgang.

Die Sozialistische Partei muß in allen Bezirken den Kampf aufnehmen.

Die Bezirke, die sich für unbedingt unjähig halten sollten, das zu tun, müssen vor dem 15. Februar an die C.F.P. berichten, um mit ihr die Mittel zu suchen, die die Durchführung des durch die Partei aufgestellten Grundgesetzes sicherstellen.

Zum 2. Wahlgang.

Der Parteitag hat zu den Bezirksorganisationen das Vertrauen, daß sie im zweiten Wahlgang auf jeden Fall zugunsten des Kandidaten verzichten, der — welcher politischen Partei er auch angehören möge — die meisten Zusichten hat, die Reaktion zu schlagen, und daß sie in allen Fällen alle notwendigen Beschlüsse fassen, um die Niederlage der Reaktion sicher zu stellen.

Die bürgerlichen Zeitungen haben vergeblich versucht, diese beiden Beschlüsse in ein trübes und zweideutiges Licht zu rücken. Niemand in den sozialistischen Vereinen, die ja aus lauter guten Genossen bestehen, wird sich darüber täuschen, daß dieser Beschluß als eine politische Warnung gedacht ist.

Der Kandidat des Jakobismus, der Großindustrie, des Nationalen Blocks wird gegen sich die einzigen und entschlossenen Bataillone des Sozialismus aufmarschieren lassen, um zu verhindern, daß er im zweiten Wahlgang gewählt wird. Das wird zugunsten des Kandidaten, sei er ein Kommunist oder ein Sozialist, geschehen, der die meisten Zusichten für das Gelingen des Sozialismus bietet. Um dieses Ziel das uns der Selbsterhaltungswille vorreibt, zu erreichen, bedarf es nichts anderem als eben wie der Vernunft, so eines gemeinsamen Programms und der Verhandlungen. Es handelt sich hier weder um den Einsitz, noch der Art, wie ihn gewisse radikale Kommunisten erlangen haben, noch um die Einheitsfront, so wie sie die Kommunisten vorschlagen, die die eine Hand uns entgegenstrecken, während ihre andere die Waffe des Betrugs verbirgt.

Das ist vollkommen klar, ehrenhaft und loyal. In den Jahren, in denen es von den Sozialisten abhängt, daß ein Republikaner geschlagen wird, werden sie nicht zögern, sich das am meisten unliebhabenden Republikaners oder des Kommunisten zu bedienen, indem sie von einem wie den anderen als ein Werk zeug zur Aufrechterhaltung des gefährlichsten Gegners des Sozialismus betrachten.

Niemals trug die Partei zugleich mehr Sorge, sowohl für die Forderungen des Tages als auch für die Vorbereitung der Zukunft.

Es bleibt nur noch übrig, ihren Geist, der der Sieg des Sozialismus, der Republik und des Friedens sein wird, gut zu organisieren. Salut Garce.

Die Simple in Nicaragua.

Managua, 2. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Simple in Nicaragua hat sich heute mit der Regierung beschäftigt. Die Regierung hat beschlossen, die Simple wieder einzuführen. Die Regierung hat beschlossen, die Simple wieder einzuführen.

Hyromit gegen Paul Boncour.

Die französischen Sozialisten gegen das System der Warenpreise.

Paris, 2. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Von Paul Boncour auf dem Parteitag entwickelten außenpolitischen Thesen tritt Hyromit im „Populaire“ scharf entgegen. Er weist auf die Beschränkung der internationalen sozialistischen Kommission und insbesondere auf die Stellungnahme des französischen Parteitages zu den Friedensverträgen hin. Auf Grund dessen müsse man von den französischen Sozialisten erwarten, daß sie im eigenen Lande diplomatischen Aktionen, um die Politik der Revision nach schwieriger zu gestalten, nicht so passiv gegenüberstehen. Es liegt unbestreitbar, daß die von den verschiedenen französischen Regierungen seit 1919 abgeschlossenen Sonderverträge mit der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien und Jugoslawien im wesentlichen der Wahrung der territorialen und politischen Status quo dienen sollen. Dadurch werde die Anwendung des Artikels 19 des Völkerbündnisses zu einer friedlichen Abänderung der Schiedsverträge von allem Anfang an unmöglich gemacht. Die französischen Sozialisten dürften aber nicht vergessen, daß sie auf ihrer Konferenz von Marzelle gefordert haben, das Verfahren des Artikels 19 wirksam zu gestalten zu helfen.

Im übrigen habe die Partei schon 1919 den Versailles-Vertrag abgelehnt und deutlich jene Bestimmungen hervorgehoben, die vom Standpunkt des Sozialismus aus am unannehmbarsten sind, so die deutsche Ostgrenze, die Zerstückelung Rußlands und das Anschlußverbot für Österreich, aber gerade hinsichtlich dieser Fragen seien Sonderverträge zustande gekommen. Hyromit hält es für notwendig, daß über diese Dinge Klarheit geschaffen werde und die Partei ihr außenpolitisches Programm den sozialistischen Forderungen und Grundfragen anpasse.

Wachsende Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Paris, 2. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In Frankreich wächst die Arbeitslosigkeit weiter. Die amtliche Statistik, deren Mängel schon oft gekennzeichnet worden sind, gibt die Zahl der vollunterstützten Arbeitslosen zuletzt mit 12 873 an, was eine Steigerung von 1106 gegenüber dem 17. Dezember und von 3448 Einheiten gegenüber dem 12. November bedeutet. Der „Peuple“ gibt der Befürchtung Ausdruck, daß die Krise des vorigen Winters, wenn auch mit abgeringer Intensität, sich wiederholen könnte. Damals ist die Zahl der Arbeitslosen im Verlauf von drei Monaten von 1396 (8. Dezember 1926) auf 81 846 (10. März 1927) angewachsen.

Auch in Griechenland Kommunisten-Sag und auch dort Janak unter den Kommunisten selbst.

Athen, 31. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Das griechische Parlament hat sich von der Regierung gegen alle kommunistischen Abgeordneten wegen Hochverrats eingeleitete Strafverfahren gebilligt. Die Kommunisten haben daraufhin in Athen, Piräus und in anderen mazedonischen Städten große Protestkundgebungen organisiert. Sie werfen der Regierung vor, daß ihre Maßnahmen unter dem Druck Frankreichs und Englands erfolgten und den Zweck haben, die kommunistische Partei Griechenlands zu vernichten. Die Regierung lehnt eine beratige Unterstellung ab und erklärt, daß das Strafverfahren wegen unzulässiger Propaganda für die Autonomie Mazedoniens eingeleitet wurde.

Dieses Problem der Propaganda spielt hier seit Wochen eine wichtige Rolle, und zwar nicht nur in der Innenpolitik Griechenlands, sondern auch bei den inneren Kämpfen der kommunistischen Partei Griechenlands. Der Führer der parlamentarischen Vertretung dieser Partei, Maximus, der die von Moskau geforderte und beehrte Propaganda als unverzichtbar mit den Arbeiterinteressen betrachtet, wurde inzwischen nach Moskau berufen, um Rückschlüsse über seine abweichende Meinung zu geben. Er hat aber diesem Ruf keine Folge geleistet. Die Extremisten fordern nunmehr seinen Ausschluß aus der kommunistischen Partei.

Diese Einzelheiten zeigen ebenfalls, wie hemmend die Politik Moskaus auf die junge Arbeiterbewegung Griechenlands wirkt. Die mit viel Aufwand auf dem ganzen Balkan betriebene Propaganda vermag vielleicht die Interessen der russischen Außenpolitik, nicht aber die des Völkerverständnisses zu fördern, und dient letzten Endes nur den Nationalisten auf dem Balkan.

Wirtschaft.

Die Weltgewinne an Rohstoffen.

Nach einer Auswertung des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat sich die Rohstoffgewinnung in der Welt von 73,5 Millionen Tonnen auf 84,6 Millionen Tonnen gesteigert. Deutschland konnte seine Produktion von 0,644 auf 1,3 Millionen Tonnen erhöhen. Für Belgien ist eine Steigerung von 8,889 auf 3,750 Millionen Tonnen, für Luxemburg von 2,512 auf 2,7 Millionen Tonnen, für Rußland von 2,65 auf 2,5 Millionen Tonnen, für die Tschechoslowakei von 1,088 auf 1,3 Millionen Tonnen, für Polen von 0,827 auf 0,66 Millionen Tonnen und für Japan eine Steigerung von 0,625 auf 0,7 Millionen Tonnen festzustellen. Die englische Produktion wird mit 7,4 Millionen Tonnen angegeben, gegenüber 2,481 Millionen Tonnen im Jahre 1926, wo die Produktion durch den Bergarbeiterkampf monatelang unterbrochen war. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ging die Rohstoffgewinnung von 39,727 Millionen Tonnen auf 36,5 Millionen Tonnen zurück. Auch für Frankreich ist ein Rückgang von 9,482 auf 8,3 Millionen Tonnen festzustellen. Die italienische Erzeugung verminderte sich von 0,513 auf 0,5 Millionen Tonnen; in China sank die Produktion von 0,5 auf 0,2 Millionen Tonnen. Die Produktion des Reiches im fernem Osten liegt nur mit 100 000 Tonnen über der ungarischen Erzeugung, die im Jahre 1926 188 000 Tonnen und im Jahre 1927 rund 200 000 Tonnen ausmachte.

Für die Stahlerzeugung wird eine Steigerung von 83,1 Millionen Tonnen auf 100,5 Millionen Tonnen festgesetzt. Der größte Teil der Mehrerzeugung entfällt, wie in der Rohstoffgewinnung, auf Deutschland, das seine Produktion von 12,342 Millionen Tonnen im Jahre 1926 auf 16,3 Millionen Tonnen im Jahre 1927 erhöhte. Für England wird eine Steigerung von 3,728 Millionen Tonnen (Stahl) auf 9,5 Mill. Tonnen, für Belgien von 3,374 auf 3,66 Millionen Tonnen, für Luxemburg von 2,44 auf 2,45 Millionen Tonnen, für Rußland von 2,21 auf 3 Millionen Tonnen und für die Tschechoslowakei von 1,575 auf 1,7 Millionen Tonnen festgesetzt. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ging die Produktion von 49,075 auf 45,8 Millionen Tonnen zurück. Auch Frankreich hat einen Rückgang von 8,889 auf 8,35 Millionen Tonnen zu verzeichnen. Die japanische Rohstoffgewinnung steigerte sich von 1,22 auf 1,3 Millionen Tonnen.

Glänzende Stahlkonjunktur in Deutschland.

Bedeutende Ueberproduktion der Produktionsmaschinerien.

Mehrerzeugung auch in Belgien und Luxemburg.

Wie aus den Korrespondenzen der Internationalen Rohstoffgemeinschaften hervorgeht, hat Deutschland im zweiten Halbjahr 1927 (April bis September 1927) mit einer tatsächlichen Produktion von 8 106 246 Tonnen keine Quoten im Vergleich mit Belgien (1 681 159 Tonnen), bei Luxemburg (30 740 Tonnen) und dem Gesamtgebiet (101 020 Tonnen) von Deutschland

hingegeben. Dies als einziges Land im internationalen Eisenpakt mit 488 020 Tonnen unter seiner Quote. Für die Ueberproduktion der Quoten wurde von den deutschen Industriellen eine Strafe in Höhe von 1 241 Millionen Dollar (4 bzw. 1 Dollar pro Tonne) bezahlt. Für Belgien macht die Strafe 2 488 Millionen, für Luxemburg 1 394 Millionen und für das Gesamtgebiet 1 833 Millionen Dollar aus. Insgesamt betragen die Strafgebühren im zweiten Halbjahr 1927 rund 21 774 Millionen Dollar. Deutschland erhielt von seiner Strafzahlung in Höhe von 12,41 Millionen nur rund 9 023 Millionen Dollar zurückgekauft. Die deutsche Schwerindustrie hat sich danach ihres Karzeil- und Preispolitik im zweiten Halbjahr 1927 und 1 387 Millionen Dollar — rund 1 425 Millionen Mark — lösen lassen.

Das muß bei einer Industrie-Wunden nehmen, die immer wieder beklagt, der Abschundentag und die Lohnforderungen der Gewerkschaften wären für sie nicht tragbar. Was wir uns einmal klar, was die von Deutschland während des zweiten Halbjahres 1927 geleisteten Strafzahlungen für die Tonne produzierten Materials bedeuten. Bei einer tatsächlichen Produktion von rund 8,2 Millionen Tonnen verteuerte sich die produzierte Tonne in Deutschland im zweiten Halbjahr 1927 um 1,74 Mark. Wichtig ist, daß infolge der glänzenden Stahlkonjunktur in Deutschland die Belastung in keinem Ausmaß wuchs. Sie machte z. B. in der ersten Hälfte des zweiten Halbjahres 1927 nur 1,93 Mark pro Tonne aus und steigerte sich in der zweiten Hälfte auf 2,07 Mark. Erhöhe sich aus sozialpolitischen Veränderungen oder aus Lohnforderungen eine derartig steigende Belastung für die deutsche Industrie, so würde sie, ähnlich wie bei dem Streik um den Abschundentag, Feiler und Rordio über die schwindende Rentabilität schreiben. Wo es aber heißt, Kartell- und Preispolitik zu treiben, Wucherpreise zu stabilisieren, nimmt man die steigende Belastung in Kauf.

Die Dinge liegen aber schließlich noch viel schlimmer. Durch die Strafzahlung wird nämlich die Produktion in Belgien pro Tonne nur um 0,16 Mark und im Saargebiet nur um 0,84 Mark belastet. In Luxemburg tritt eine Verminderung der Produktionskosten um 1,14 Mark und in Frankreich eine solche um 3,92 Mark ein. Den Nutzen der deutschen Kartellpolitik hat alle in diesem Falle hauptsächlich Frankreich. Die deutsche Industrie, die behauptet, den Abschundentag nicht einführen zu können, bringt in gleicher Zeit Millionen an, um die französische Eisen- und Stahlindustrie zu internationalisieren. Zu den Drahtziehern im internationalen Stahlpakt gehören Leute, die die deutsche nationale Reichs-tag saboteur sind. Es ist immerhin interessant zu sehen, wie zum Beispiel Herr Dr. Reichert, deutschnationales Reichstagsmitglied, seinen nationalpolitisch eingestellten Wählern bei den nächsten Wahlen diese Art Internationalität klar machen wird.

Ausstellung „Die Ernährung“ Berlin 1928.

Vom 28. April bis 5. August findet in den riesigen Ausstellungshallen am Kaiserdamm zu Berlin, auf dem gesamten Freigelände zu Füßen des Funkturmes und in eigens errichteten neuen Bauten die Ausstellung „Die Ernährung“ statt. Dem Präsidium gehören u. a. an: Reichsernährungsminister Schiele, Preussischer Wohlfahrtsminister Hirscher, Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Geheimrat Dr. Hanel, Stadtmedizinalrat Prof. Dr. von Drigalla. Die Ausstellung dürfte eine weit über die Grenzen Deutschlands, ja Europas hinausgehende Bedeutung zukommen. Die Leitung hat deshalb auch das Ausland zur Teilnahme aufgefordert und überall das größte Interesse gefunden. Die Ausstellung wird in vier große Hauptabteilungen gegliedert sein, die in zahlreiche Untergruppen zerfallen und durch Sonderdarstellungen ergänzt werden. Dabei wird der Aufbau stets so gestaltet sein, daß die Wissenschaft und die Wirtschaft, Theorie und Praxis, in ihren Zusammenhängen und in ihren Wechselwirkungen gezeigt werden. Die vier Hauptabteilungen sind: 1. Grundlagen der Ernährung (dargestellt vom Deutschen Hygiene-Museum in Dresden), 2. Nahrungsmittel, Nahrungsmittelerzeugung und Nahrungsmittelindustrie, 3. Die Ernährung im praktischen Lebens (Erziehung, Unterricht und Literatur soweit sie mit der Ernährung im Zusammenhang stehen). Daran schließen sich Sonderausstellungen über einzelne Stoffgebiete an. Das Ausland wird in einem Sammelgebäude vertreten sein. Allen denen, die sich näher über die Ausstellung unterrichten wollen, wenden sie sich an die Ausstellungsleitung Berlin-Charlottenburg, Ausstellungshallen am Kaiserdamm.

Aus Schließen.

Bankrott in Striegenau.

Sparrer und Geschäftsleute schwer geschädigt. Der Kaufmann Ezechias Thomas in Striegenau, Inhaber Freitag, ist in Konkurs geraten. Viele Sparrer verlieren hierbei ihre Spargelder, Geschäftsleute ihre Geschäftsguthaben. Nachdem der erst kürzlich in Konkurs gewandene Oestreicher viel Verluste aus Land gebracht hat, beträgt der Konkurs des Kaufmanns in der Stadt schwere Erschütterungen.

Zu dem Konkurs des Bankhauses Thomas erfahren wir noch, daß die einzelnen Firmen mit ihren Einlagen in Höhe von zwei bis sechs und noch mehr tausend Mark geschädigt werden. So verliert auch ein Lehrer die aus der Inflation gesetzten letzten Gehälter seines früher recht beträchtlich gewordenen Vermögens. Das Bankhaus galt als ein solides und gut fundiertes Unternehmen, das schon über 50 Jahre in Striegenau besteht.

Der Fall mag zur allgemeinen Warnung dienen. In Vergleich zu allen Privatbanken bietet die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten heute allen Sparern die größte Sicherheit.

Abündigung von Lehrern und Lehrerinnen in Ostpreußen.

Die Schulabteilung der Wojewodschaft in Rastowik hat per 1. Januar zum 1. September einer ganzen Reihe Lehrer Schul-lehrer und Lehrerinnen kündigt. Nach den vorliegenden Meldungen ist dadurch die geordnete Weiterführung des Unterrichts an den Kinderheilstätten stark bedroht.

Waldenburg. Ein trauriges Neujahr muß die Familie des Bergarbeiters Berger aus Kungsandorf, Kreis Schweidnitz, erleben. Bruno Berger geriet in der Kaserne des Bahnpolitz mit dem rechten Fuß in die Kettenbahn. Der Fuß wurde ihm darauf verkrüppelt, daß sich eine Amputation notwendig macht.

Waldenburg. Der Konsum des Schnupfes. Zwei Jahre. Ein Heiliger Einwohner, der dem Vergnügen des Schnupfens nunmehr 25 Jahre nachgibt, hatte sich der Rube unterzogen, den Verbrauch des Schnupftabaks seit dem Jahre 1903 zu notieren. Das Resultat seiner originalen, jahrelangen Arbeit ergab einen Verbrauchskonsum von drei Zentnern!

Waldenburg. Petroleum auf die Luft gesossen! Am Sonnabend früh sah ein 18-jähriger Dienstmädchen beim Feuer machen Petroleum auf die Luft, um diese anzufachen. Die Flamme schlugen aus dem Ofen und leigten die Kleidung der Anwesenden in Brand. Obwohl der Dienstherr die Flamme mit Edeleien löschte, trug das Mädchen lebensgefährliche Verletzungen davon.

Waldenburg. Eine unterhöfliche Neujahrs-Verzehrung bereitete der seit endlich 14 Jahren hier tätige Bürgermeister Dr. Gierlich unserer Stadt. In einer außer-ordentlichen Sitzung des städtischen Körperschaften machte er die Mitteilung, daß er zum 8. Januar unsere Stadt verlässt und die

freigeordnete Gemeindevorsteherstelle in Münstereifel bei Euskirchen antrete. Damit ist das wahr geworden, was Dr. Gierlich sich in Schömberg nur mit der kommunalen Leitung versichert haben wollte, um dann in höchstens zwei Jahren unseren Ort als Sprungbrett nach einer größeren Gemeinde zu benutzen. Die Stadt, die nun schon wieder vor eine neue Wahl gestellt wird und der dadurch wieder erhebliche Kosten erwachsen, (es sei nur an die erheblichen Umzugskosten Dr. Gierlich nach hier erinnert), dürfte in Zukunft bei der Wahl mehr Vorzicht walten lassen, denn alle Rückschlüsse auf den Scheitern können nicht darüber hinwegtäuschen, daß der unterer Stadt durch den fortwährenden Bürgermeisterwechsel entstehende Schaden so leicht nicht gutzumachen ist.

Waldenburg. An einem Magenbly verstorben. Einen qualvollen Tod fand der 67-jährige Logierhausbesitzer Probst, der Inhaber des hiesigen „Königsbaus“. Er wurde von seiner eigenen Rage geblissen und es stellte sich eine schwere Blutvergiftung ein, an welcher er verstarb. Es wird angenommen, daß die Rage eine mit Giftmitteln getriebene Maus fraß und daß sich der Unglückliche dadurch infizierte.

Waldenburg. Freiwillig in den Tod gegangen. In der Nacht zum Sonnabend, gegen 8 Uhr, erschloß sich der Steinbruchmeister Haase. Er war bisher bei der Firma Reiche in Gersdorf beschäftigt. Haase fand in gefährlichem Arbeitsverhältnis und löste mit dem 31. Dezember entlassen werden. Ob dies der Grund zu seiner Tat war, oder ob andere Umstände ihn dazu veranlaßten, ist bis jetzt nicht fest.

Waldenburg. Der gelungene Schlaf des Herrn Pfarrers. In der Nacht zum Freitag wurde in das hiesige katholische Pfarramt eingebrochen. Die Diebe stiegen durch ein eingedrückttes Fenster in die Parterrewohnung, erbrachen eine Korridortür im ersten Stockwerk und drangen bis ins Schlafgemach des Herrn Pfarrers. Während sie sich aus den anderen Räumen wertvollere Sachen aneigneten, begünstigen sie sich hier mit der Höhe, die der Herr Pfarrer auf einem Stuhl vorm Bett liegen hatte. Im Nebenzimmer lag der Hund, der offenbar ebenso gut schlief, wie sein Herr. Von den Spinnweben fehlt jede Spur.

Waldenburg. Schadenfeuer. Im Schloß des Grafen Franz-Steinorff brach aus unbekannter Ursache ein Schadenfeuer aus, das bald gelöscht werden konnte. Die eingewickelten Feuerwehren der umliegenden Orte brachten nur zum Teil eingesetzt werden.

Waldenburg. Für 10 000 Mark Seide gestohlen. In einem hiesigen Geschäft brachen in der Freitag-Nacht durch ein in die Decke gestemmtes Loch Diebe ein, die außer anderen Werten für nicht weniger als 10 000 Mark Seidenstoffe mitgehen ließen. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

Waldenburg. Ein Standauftritt beschlagnahmt. Das nur von mehr oder minder Kandalböden „Sentationen“ lebende Blatt „Das freie Wort“ wurde am Samstag beschlagnahmt. Es hätte die Besitzer eines neueröffneten Cafés heilig angegriffen, worauf diese Antrag auf Strafverfolgung stellten.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

Beiratsamtskalender.

Schmolz. Heute, abends 7 1/2 Uhr, findet unsere Generalversammlung bei Rabis im Volksklubiges Erscheinen ist notwendig.

Schwittsch. Freitag, den 6. Januar, abends 7 1/2 Uhr, findet bei Hoffmann unsere diesjährige Generalversammlung statt. Guter Besuch ist erwünscht.

Kattner. Unsere Generalversammlung findet Sonnabend, den 7. Januar, bei Gierlich um 19 Uhr statt. Es wird ersucht, daß alle Genossen pünktlich zur Stelle sind.

Kattow. Neujahrswunsch. Da das Jahr 1928 für die gesamte Arbeiterchaft ein Jahr des politischen und wirtschaftlichen Kampfes zu werden verspricht, bitte ich jeden arbeitenden Kollegen, diesen meinen innigen Neujahrswunsch zu teilen und zu bekräftigen. In einer Zeit größter politischer Kämpfe, ist es Pflicht eines jeden denkenden Arbeiters, in die Kampffront der Sozialdemokratischen Partei einzutreten, damit wir unserem Feinde eine recht große und schlagfertige Armee entgegenstellen können, und ihn vernichtend schlagen, daß es ihm nicht noch einmal gelüftet, Führer oder Regierer eines schlagwürdigen Millionen-Volkes zu werden und daß es keinem Kapp-Stutschiff mehr gelingt, als Minister in die Reichsregierung aufgenommen zu werden. Ich erinnere hier an die „Bohntaten“ die die gegenwärtige Bürgerliche Regierung der gesamten Arbeiterchaft beschert hat. Aber nicht nur eine große und schlagfertige, sondern auch eine disziplinierte und gebildete Armee ist nötig, denn Disziplin und Bildung ist zu unserem großen Siege erforderlich und diese beiden Tugenden eignen wir uns an, durch die Partaipresse. Es ist doch auch beschämend für uns, auch schlagen wir uns selbst ins Gesicht, wenn wir eine gegenwärtige Zeitung lesen, und somit die Rufe unserer Feinde hören. Zudem ist die Partaipresse immer die billigste und vertritt immer unsere Interessen. Den Mitteilern der Partaipresse rufe ich zu: „Es das Partei-Blatt fest im Haus, da hier ist trüb und dunkel aus!“ Letzten Endes möchte ich, die Indifferenzen mögen im neuen Jahr ihre Laufgaiten abhürten und sich in die SPD. einschreiben, um auch ein kleines Scherlein zur Kampflinie beizubehalten. Die Partei bedeutet Kampf. Euch sollen diese Neujahrswünsche an die Erziehungsleiter, welche die Partei uns erkämpft hat. Es ist doch Ermen ohne zu läsen eine Schande, daß dieser Wunsch keine Wirkung nicht verfehlt, wünscht ein alter Genosse in Kattow.

Neumarkt. Der Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ veranstaltete am 28. Dezember eine Filmvorführung, die sich eines überaus zahlreichen Besuches erfreute. Es dürfte auch nicht einen Besucher gegeben haben, der unbefriedigt von dem Gebotenen gewesen wäre. Das größte Interesse beanspruchten naturgemäß die Filme, die genossenschaftliche Anlagen zeigten. Man muß schon zugeben, daß die Betriebsanlagen des „Vorderwärts“, insbesondere die Bäckerei und Korbitore, wirklich Musterbetriebe darstellen. Der Betrieb widelt sich wie am Schnürchen ab, die Sachwaren kommen mit menschlichen Händen fast nicht in Berührung. Das alles sah so appetitlich aus, daß ungewollt der Wunsch aufstiege, gleich einmal zu kosten. Das genossenschaftliche Kindererholungsheim in Hafftrus, wo alle vier Wochen 100 Kinder sich erholen können, stellt eine Gedächtnis dar. Dieses schloßartige Gebäude, direkt an der See gelegen, mit seinen Inneneinrichtungen und allen möglichen Bequemheiten zur körperlichen und geistigen Betätigung der Kinder, läßt es begreiflich erscheinen, wenn die Kinder nur ungerne von diesen schönen Fleck Erde scheiden. Alles in allem genommen, zeigten solche Vorträge, daß auch wirtschaftliche Schwäche, wenn sie sich der durch den Konsumverein gegebenen Möglichkeiten zur zusammenzufinden, bedienen, mit wenig Mitteln sehr große Ziele leisten imstande sind.

Waschen Sie was jederrecht am besten schenken?
Das Brotz. der Nation, am 1000
„Vorwärts“
MAN

1 Neujahrs-geschenk

für meine geehrte Kundschaft

Es ist mir gelungen, verschiedene Lager der erdenklich besten und modernsten **Mäntel + Kleider** so enorm billig einzukaufen, daß wir uns entschlossen haben, unseren Kunden damit ein

Neujahrs-geschenk zu machen. Jeder Einkauf bedeutet eine gewaltige Ersparnis.

150 **Modell-Kleider** 29⁵⁰

200 **Winter-Mäntel** 12⁵⁰
mit der modernen, reifen Garnierung, z. Teil Ottomane

100 **Ottomane-Mäntel** 16⁵⁰
schwarz und blau mit dem modernen Pelzplüsch besetzt.

200 **Ottomane-Mäntel** 22⁵⁰
Velour de laine ganz aufgebürt, Setze gefüllt, mit dem extra hohen Pelzplüsch besetzt

100 **Wollstoff - Kleider** 5⁹⁵
diverse viele Farben und Modarten

Heinrich Konfektionshaus für **Damen und Mädchen** **Reuschestr. 11/12**

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!
Am Sonnabend, den 31. Dezember, abends 7 Uhr, verchieden plötzlich und unerwartet nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine liebe gute Frau, unsere treu-sorgende Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine

Frau Berta Hinke
geb. Dittfeld

im Alter von 54 Jahren.
Groß-Masselwitz, den 3. Januar 1928.
Im tiefsten Schmerz

Der trauernde Gatte
nebst Kindern und Anverwandten.

Beerdigung: Mittwoch, den 4. Januar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause.

Stadttheater

Dienstag
20 bis 22,30 Uhr:
10. Abonn.-Vorst.
Serie A

Die Prinzessin von Trapesunt

Mittwoch
20 bis 21,15 Uhr:
10. Abonn.-Vorst.
Serie B

„Mona Ella“

Donnerstag
20 bis 22,30 Uhr:
10. Abonn.-Vorst.
Serie E

„Fidelio“

Victoria-Theater
8 1/2 Uhr
Liliputaner-Revue 16 Bilder
Mit Liebe schön sein
Pariser Nächte
von Täschel 4 Uhr:
Liliputaner-Kinder-Vorstellung

Um 8 1/4 Uhr:
Ringeweltstreit

Heute Dienstag ringen:
Grüsslian-Schweiz gegen
Spevazok - Jugoslav.
Meyerhans-Dortmund
gegen 40/6
Stenrs - Belgien
Vogtman-Bayern
gegen
Prohaska-Tsch-Slow.
Haber-Königsberg
gegen
Nehlsan - Finnland

Um 4 Uhr
Max u. Moritz

Um 6 1/2 Uhr:
Das wunderbare Geschicht
Die Entstehung
des Menschen
Jugendl. verboten.

Circus Busch
Schaub.-Arenen

Schauspielhaus

Operettenabende.
Tel. Stephan 36300
Täglich 20 Uhr:

„Eine Frau von Format“

Mittwoch, 20 Uhr
Zum 25. Male:

„Eine Frau von Format“

Sonntag nachm. 15 1/2 Uhr
„Die Zirkusprinzessin“

Lobe-Theater

Tel.: Ring 6774.
Täglich 20 Uhr:
Ernst
Komödie von
Alexander Lernet-Holsta

Mittwoch, 1.30 Uhr
Zu neuen Breiten
Christliche Arbeiterwelt
von Carl Beck

Thalia-Theater

Tel.: Ring 6774.
Täglich 20 Uhr:
Zwei Koffer
Schauspiel von Bruno Frank

Mittwoch, 15.30 Uhr
Zu neuen Breiten
Christliche Arbeiterwelt
von Carl Beck

Thalia-Theater

Tel.: Ring 6774.
Täglich 20 Uhr:
Zwei Koffer
Schauspiel von Bruno Frank

Mittwoch, 15.30 Uhr
Zu neuen Breiten
Christliche Arbeiterwelt
von Carl Beck

Weidweisse elegante
Grad-A. Rod-Änzüge

Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, Tel. N. 1301
über Albrechtstraße

Reste

in Größe, Stoff, Preiswert,
Vermittlung u. Reparatur
sehr billig
Waldstr.
25-30 St. Garn 100/100
25-30 St. Garn 100/100
25-30 St. Garn 100/100
Kleider 100 Paar 2-3 St.
Kleider 100 Paar 2-3 St.
Kleider 100 Paar 2-3 St.
1 Dole Erbst 13-20 St.
alles prima Ware
Detail und Extras

Bertold Lippert

Heinrichstraße 16
über Oberstraße 11
und Reigerbergstraße 43

Am 31. Dezember 1927 verstarb die Frau des
Genossen Hinke

Berta Hinke
geb. Dittfeld

im Alter von 54 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
die Mitglieder der S. P. D.
Ortsgruppe Klein Gaudau.

Beerdigung: Mittwoch, den 4. Januar,
nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband + Sterbekasse.

Am Sonnabend, den 31. Dezember 1927, starb
unser Verbandskassier, der Zwischenmeister

Eduard Scholtyssek.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
die Mitglieder der Filiale Breslau.

Beerdigung: Dienstag den 3. Januar,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle in Cosel aus.

In dieser Woche!

Der große

Reste-

Verkauf

Wäschestoffe, Inletts
Damaste, Wallis
Hand- u. Tischtücher

Kleiderstoffe und
Waschstoffe

Morgen!
Klebere Fabrikreste
1 bis 1 1/2 Meter

Wäschebafist 68
in allen richtigen Farben zum
Ausbleichen und für kleinere
Wäschestücke . . . Meter

Reste und Abschnitte!
**Künstliche
Waschseiden**

in sehr guten und sparsamen Mustern,
darunter viel beste
in passenden Längen für Herren Kasack
und Trenchcoats
Serie I 95, Serie II 1.45



Lieblich-Theater

1052 Täglich 20 Uhr

WILLY PRAGER
Breslaus Liebling
sind im späten Abend alle von Käse!

Deblars-Truppe
„Die Revue aus Eisenstein“

Handy Bandy mit Nadia-Nadyr Co.
Der orientalische Zaubrer und Jansoorat

2 Smarts Kompositions-Akt am Paralelharren
Amari Ungars größte Gesangsleiterin

KURYEN-TRUPPE
von Stanscheider in Moskau
Zum ersten Male in Deutschland!

Geaiks & Geaiks
in ihren kraschen Meister-insat-onen

Liba Kresse in diese spassigen
Tänze

URBANIS?
Die Welt-Genossen

Lieblich-Webe
Das Aktueste aus aller Welt

Becker & Bühm
Spezialität: Moderne Büro- und
Küchen-Einrichtungen
Königsplatz 7 414 Tel. Nr. 129

Frauenwelt
Eine Halbmonatshefte
von Grund auf
wunderhaft
Unglaublich
abzu
würfen!

1
Auch selbst die wirklich guten Sachen,
Noch besser sind sie stets zu machen!
Dah viele Weisheit recht behält.
Sticht du jetzt an der „Frauenwelt“!

Abonniere auch Du!
„Die Frauenwelt“ kostet trotz erhöhten Um-
satzes nur 20 Pf. Bestelle noch heute
beim Zeitungsboten oder in deiner Volks-
buchhandlung.

Volkswacht-Buchhandlungen Breslau
Rene Graupenstr. 5 u. Rene Taschenstr. 11

Aus 5 Tage?
Schöne Bettfedern!
beste gechlörte Landware, prima Dannen und
Suldbauern, ungechlörte Gäusefedern 1/2, 3/4
bringe ich wieder in großer Auswahl
von **Dienstag, den 3. Januar**
bis **Sonabend, den 7. Januar**
zu erheblichen Preisen zum Verkauf
Ferner empfehle prima jederdichte Juletts besonders billig

H. Köhlers Nachfolger
Verkaufstotal: Ring 3, im Hof
(Nicht an der Nikolaitraße).

Ein getreues Spiegelbild
heimischer Kultur (Literatur, Musik, Theater, Kunst
und Kunstgewerbe, Volkskunde, Geschichte, Wirt-
schaft, Verkehr, Sport).

des Zeitgeschehens

in jeder Form sind die Schlesischen Monatshefte, die
soeben den neuen (5.) Jahrgang in neuem Gewande
eröffnen. Aus dem reich bebilderten Januarheft seien
erwähnt: **Fritz Behrendt**: Die Breslauer Eingemein-
dung; **Bruno Zwerger**: Die schöne Schönwäldchen;
Bernhard Fischer: Die Witwe und der Teufel (preis-
gekrönte Novelle); **Dr. Fritz Wenzel**: Die nieder-
schlesische Ostmark; **Mechthild Fürstin Lichnowsky**:
Larch, Dachstuhl; **Dr. Walter Krebs**: Grenz- und
Ariandensdeutschum und Schule. Dazu die reich-
haltige Rundschau.

Die Schlesischen Monatshefte
sind die Zeitschrift jedes heimatliebenden Schlesiens.
Lesen Sie sich ein kostenfreies Probeheft kommen
und bestellen Sie bei Ihrem Buchhändler oder beim
Verlag W. H. Korn Zeitschriften-Abteilung,
Breslau 1, Junkernstraße 41/43

Merken Sie sich

Die **Pelz-Niederlage** Höhenstraße 50. I.
(Korn Laden) verkauft bis 12. Januar, sei. Vorrat
Eleg. Füchse, trüb. b 46.00, jetzt 20.50
Pelzfutter 19.00
Herren-Pelz-Joppen 46.00, früher b 88.00
Die neuesten Besatzteile 15% Rabatt.

Seidweisse
Grad-
Rod- u. Smoking-
Änzüge
nur neueste Nationen
C. P. Pätzold
Königsstraße 79, I.
Königs-Ausmantel

Billiger Mittags- u. Abendtisch
2
Altbühnenstraße Nr. 59. I.
Suche kl. Zigarren-Geschäft
oder leeren Laden
mit Wohnung Angebote mit
Preis u. Adresse unter N. 146
an die Geschäftsstelle b. Stg.

Seidweisse elegante
Grad-
Rod- u. Smoking-
Änzüge
A. Patalong
Schneidermeister
Bischofstraße 3.

Für Klischees
und Placieren, die
innerhalb 14 Tagen
nach Ablauf des
Auftrages nicht
abgeholt, kann eine
Gewähr für Aufbe-
wahrung nicht über-
nommen werden.
Verlag
der
Volkswacht

Armbanduhr Gold (Korn)
129.-
Silber 15 Mk., Ketten, Ringe
Uhren Gesch. 1. Stock Poststr. 7
4
gebr. Singer 36, 40 Mk.
Klamm.-Gegen. 1. Stock Poststr. 7

Arbeitsmarkt
Hofenmählerin
ischt

Bergel
Kugelnstr. 131, St. II.

Reichweisse elegante
Rod- u. Smoking-
Änzüge
Grad-
Smoking-
Änzüge
F. Hermet, Schneidermstr.
Altbühnenstraße 45, Str.

Arbeitsmarkt
Hofenmählerin
ischt

Bergel
Kugelnstr. 131, St. II.

Reichweisse elegante
Rod- u. Smoking-
Änzüge
Grad-
Smoking-
Änzüge
F. Hermet, Schneidermstr.
Altbühnenstraße 45, Str.

Reichweisse elegante
Rod- u. Smoking-
Änzüge
Grad-
Smoking-
Änzüge
F. Hermet, Schneidermstr.
Altbühnenstraße 45, Str.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 3. Januar 1928.

Das Vermieterpfandrecht.

Eine alle Witwe, die auf das Zimmervermieten angewiesen war, kündigte aus irgendwelchen Gründen ihrem Mieter zum nächst zulässigen Zeitpunkt. Dieser Logisherr zog jedoch aus, ohne die fällige Miete bezahlt zu haben. Die Witwe behielt daher einige seiner pfändbaren Sachen ein. Diese hat sie der Einfachheit halber verkauft, um durch den Erlös wieder zu ihrem Gelde zu kommen. Der Mieter will aber nachträglich seine Schuld bezahlen und verlangt vor der Vermietung Herausgabe seiner Sachen. Da die Vermieterin ihm seine Sachen infolge Weiterverkaufs nicht mehr herausgeben kann, verlangt er im Wege der Klage Schadenersatz.

Die Witwe wäre zum Weiterverkauf der Sachen nur dann berechtigt gewesen, wenn der Schuldner damit einverstanden gewesen wäre; sie hätte sie auch öffentlich versteigern lassen können, nachdem sie ihm den Versteigerungstermin bekanntgegeben und die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften über Verkauf des Pfandes zur Befriedigung des Pfandgläubigers beachtet hätte (siehe §§ 1234, 1228, 1233 ff. BGB.). Auch mußte sie dem Eigentümer den Verkauf der Sachen vorher anzeigen und dabei den Geldebetrag ihrer Forderung bezeichnen, wegen dessen der Verkauf stattfinden sollte.

Solche Rechtsstreitigkeiten sind ja heutzutage bekanntlich in der Tagesordnung. Das gesetzliche Pfandrecht des Vermieters als Sicherungs- und Befriedigungsmittel gewinnt bei Zahlungsschwierigkeiten der Mieter heute wieder erhöhte Bedeutung. Einige weitere praktisch wichtige Besonderheiten des gesetzlichen Vermieterrechts seien daher geschildert:

Der Vermieter von Grundstücken oder Wohnräumen hat für seine Forderungen aus dem Mietverhältnis bezüglich des Mietzinses für das laufende und das folgende Mietjahr ein gesetzliches Pfandrecht an den eingebrachten Sachen des Mieters (§§ 559 bzw. 560 BGB.). Dagegen erwirbt der Vermieter an allen dem Mieter nicht gehörigen Sachen, z. B. den Leihgegenständen, an Sachen der Hauskinder, des Mieterpartners usw. kein Pfandrecht, selbst wenn er sie für Eigentum des Mieters hielt. Sollten die im gesetzlichen Güterstande (Regelhaft) der Ehefrau des Mieters gehörigen Sachen dem Vermieterpfandrecht unterliegen, so müßte die Ehefrau den Mietvertrag mit abhändlichen, gegebenenfalls auch mitunterzeichneten. Bei den Güterständen der allgemeinen Gütergemeinschaft, Fahrnis- und Erzeugnissegemeinschaft unterliegen die Gemeingutsgegenstände dem Vermieterpfandrecht, selbst beim Abschluß des Mietvertrages durch den Ehemann allein. Im Prozeßverfahren hat der Vermieter den Beweis zu führen darüber, daß die eingebrachten Sachen Eigentum des Mieters sind. Ist der Mietvertrag durch den Ehemann allein abgeschlossen, so bestimmt § 1302 Abs. 1 BGB. zugunsten des Vermieters, daß bis zum Gegenbeweise die im Besitz eines oder beider Ehegatten befindlichen beweglichen Sachen als dem Manne gehörig vermutet werden.

Das Gesetz entzieht der Pfandhaftung alle diejenigen Güter der Mieter, die nach der Zivilprozessordnung (§ 811 ZPO.) wegen ihrer Unverwertbarkeit auch nicht zum Gegenstand der Zwangsvollstreckung (Pfändung und Versteigerung) gemacht werden können, also die unpfändbaren, das Existenzminimum darstellenden Sachen, zum Beispiel notwendige Kleider, Nahrungsmittel, Betten, Küchengeräte, gewisse Haushaltsgüter usw. Der Mieter kann in solchen Fällen bei Gericht wirkunglos die Zwangsvollstreckung in solchen Sachen für unzulässig erklären, falls der Gläubiger in die Freigabe nicht freiwillig einwilligt. Die Beweislast für die Unverwertbarkeit trifft natürlich nicht den Mieter. Ein Verzicht des Mieters auf diese Befreiung des Vermieterpfandrechts ist in vollem Umfange als unwirksam zu erachten.

Das Pfandrecht würde praktisch wertlos sein, wenn der Mieter es durch Wegschaffung der eingebrachten Sachen illusorisch machen könnte. Deshalb hat der Vermieter ein gesetzliches Selbsthilfe-recht aus § 561 BGB. und präventives Recht aus § 29 StGB (Strafantrag notwendig). Das Vermieterpfandrecht kann der Mieter auch nicht dadurch verlieren, daß er etwa die Sachen einem Dritten überreicht, sie selbst aber weiter den Gebrauch und Gebrauchsausübung von dem Dritten ausleiht (§ 936 Abs. 1 BGB.). Auch bei Kaufverträgen mit zahlungsunfähigen Mietern ist Vorsicht geboten, wenn der Kauf "eingebrachte Sachen" betrifft. Der § 561 Abs. 2 BGB. findet ebenfalls Anwendung, insbesondere, wenn der Käufer weiß, daß sein Veräußerer ein Mieter ist. Das Vermieterpfandrecht geht auch allen anderen nachträglichen Pfändungen anderer Gläubiger stets vor, jedoch kann der Vermieter hier die Entfernung und Befreiung nicht hindern. Gemäß § 805 ZPO. und § 503 BGB. hat der Vermieter aber das Recht, im Wege der Klage einen Anspruch auf vorzugsweise Befriedigung aus dem Erlöse der Versteigerung bezüglich des Mietzinses (aus § 559 BGB. befristet) geltend zu machen.

Das Vermieterpfandrecht erlischt an den mit Wissen und ohne Widerspruch des Gläubigers entfernten Sachen, also wenn sie zum Beispiel schon vorher durch ein legerantes Spruchrecht vor Schäden bewahren. Ein wahres Zurückbehaltungs-

recht im wörtlichen Sinne hat er jedoch nicht; er kann nur der Wegschaffung widersprechen und sie nötigenfalls im Wege der Selbsthilfe verhindern. Bei Nichterfolg kann der Vermieter aus § 561 Abs. 2 BGB. auf Herausgabe der Sachen klagen. In solchen Fällen empfiehlt sich jedoch die Zuziehung eines Anwaltes.

Der Regierungspräsident gegen Schacht.

Der Breslauer Regierungspräsident hat folgende Kundverfügung an die Kreise und Gemeinden des Regierungsbezirks gerichtet:

Der hiesige Bezirksausschuß für Jugendpflege hat in seiner Sitzung vom 6. d. Mts. nachstehende Entschließung gefaßt und mich um deren Weiterleitung gebeten.

Der Herr Reichsbankpräsident hat in seiner bekannten Vortragsrede auf die Gefahren hingewiesen, die der Reichsbank durch zu weitgehende Aufnahme von Auslandsanleihen drohen und hat Prachtbauten der Kommunen, insbesondere Stadten, Messepaläste usw. als bedenklichen Luxus bezeichnet.

Aus diesem Zusammenhang ist nun der Jargon aufkommen, als seien durch Einrichtungen für Jugendpflege (Grünplätze, Spielplätze, Turnhallen, Jugendheime, Jugendherbergen u. dgl.) als Luxus zu be-

Arbeiter-Bildungs-Ausschuß.

Englischer Sprachkursus.

In der zweiten Hälfte des Januar, wahrscheinlich am Dienstag, den 17. Januar, 1928, beginnt ein Kursus in englischer Sprache für Anfänger. Es finden im Monat vier Doppelstunden statt, jeweils Dienstag von 18 $\frac{1}{2}$ bis 21 $\frac{1}{2}$ Uhr. Lehrer: Dr. phil. Karl Heilig. Hörerbeitrag 2,50 Mark im Monat, für den Januar 1,25 Mark, Erwerbslose 1,25 Mark, für den Januar 75 Pfennig. Der Kursus wird nur veranstaltet, wenn mindestens 30 Hörer teilnehmen. Unterrichtsraum voraussichtlich Gewerbeschule, Gartenstraße. Wer an dem Kursus teilzunehmen gedenkt, wird gebeten, sich entweder im Gewerkschaftshause, Margaretenstraße Nr. 17, Zimmer 36, oder der Redaktion der "Volkswacht", Frankelplatz 3, schriftlich zu melden. Die Dauer des Kursus ist nicht fest bestimmt. Sie wird von den Hörern selbst bestimmt werden; doch ist vorgezogen, den Kursus bis genügender Teilnahme bis Ende Juni durchzuführen. Weitere Angaben folgen.

zeichen und als seien die Aufwendungen der Kommunen für diese Zwecke von nun an einzuschränken oder ganz abzulehnen.

Der Bezirksausschuß für Jugendpflege bei der Regierung Breslau nimmt das Auftreten dieses verhängnisvollen Jargons zum Anlaß, den Gemeinden, Städten, Kreisen des Bezirks und der Provinz zu danken für die bisherige Förderung der Jugendpflege durch Hergabe von Mitteln und Bereitstellung von Einrichtungen und sie zu bitten, daß sie den angelegenen Weg, der noch weit vom Ziele ist, weiter fortzusetzen. Gerade in Notzeiten ist Jugendpflege doppelt notwendig. Jugendpflege ist vorzuziehende Jugendfürsorge. Die für Vorbeugung aufzubewahrenden Mittel tragen weit bessere Früchte, als die ständig steigenden Aufkosten, die dann für die Heilung einmal entstandener Schäden auf gesundheitlichem und sittlichem Gebiete gebraucht werden. Gabe es mehr Spiel- und Sportplätze, so würden die Lebenskosten von 4 Milliarden Mark für soziale Versicherung um mehrere hundert Millionen Mark zurückgehen. 50 Prozent aller Fälle in Gewerbe und Landwirtschaft mit ihren verheerenden Folgen könnten vermieden werden, wenn die verlässliche Beförderung körperlich aemantier und leistungsfähiger wäre. Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten finden keinen Boden unter der sporttreibenden Jugend. Keine Ausgabe ist produktiver als die für Spiel- und Sportplätze, für Jugendheime und Jugendherbergen, denn sie stützt das trotz des Maschinenzeitalters wichtigste Produktionsmittel, die menschliche Arbeitskraft. Deshalb müssen gerade in unserer Zeit die Mittel für Jugendpflege nicht nur nicht gekürzt, sondern weitgehend vergrößert werden.

gez. Steinhilber, Schönauer, Kletsch, Ohlich, Malye.

Indem ich diese Entschließung dem Wunsch des Bezirksausschusses für Jugendpflege entsprechend den Kommunalverbänden des Bezirks mitteile, gebe auch ich der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Ausgaben auf dem Gebiete der Jugendpflege, wenn sie sich in vernünftigen Grenzen halten, nicht "Luxusaussgaben" sind, sondern produktiven Zwecken auf weite Sicht dienen, da sie durch vorbeugende Maßnahmen spätere Fürsorgekosten verringern helfen.

gez. Jaenicke.

Der Herr Regierungspräsident hat hier sicher im Sinne der preussischen Regierung gehandelt, nur ist den Gemeinden mit deren vernünftigen Ansichten leider noch nicht geholfen.

Solange sie finanziell von der Reichsregierung im Reiche und dem Reichsbankpräsidenten Schacht abhängig sind, der den Gemeinden keine Auslandsanleihen gestattet, haben sie einfach kein Geld für die vom Regierungspräsidenten genannten Zwecke. Denn sie brauchen jede Mark, die sie noch haben, um sich über Wasser zu halten. Als Folge der Rechtspolitik sind die Wohlfahrtsarbeiten, daß die Städte von ihnen fast erdrückt werden. Denn man kann die unglücklichen Opfer dieser Politik doch nicht verhungern lassen. Für Kulturaufgaben, für Körper- und Gesundheitspflege, überhaupt für produktive Zwecke auf lange Sicht bleibt da nichts übrig. Bei den kommenden Reichstagswahlen muß erst wieder Luft geschaffen werden, auch für die Gemeinden, damit sie leben können!

Vom Oberverwaltungsamt.

Eine 27jährige Dominiararbeiterin, Fräulein C., wolle trotz ihres jugendlichen Alters die Invalidenrente. Sie leidet an Kopfschmerzen, Schwachheit und macht einen ganz hilflosen Eindruck. Zur Verhandlung vor dem Oberverwaltungsamt ist sie auch in Begleitung ihres früheren Vormunds erschienen. Wenn man diese unbeholfene Person sieht, die teilnahmslos vor sich hinstarrt, muß man sich wundern, daß der Arzt sie wohl als nervenschwach bezeichnet, aber zur Beaufsichtigung kleiner Kinder und zur Arbeit an ungefählichen Orten für fähig hält. Wie eine derart nervenschwache, kranke Person zur Beaufsichtigung kleiner Kinder geeignet sein soll, kann man nicht ganz verstehen. Dieses Amt erfordert doch ein gewisses Verantwortungsgesühl, das Fräulein C. aber nicht im geringsten besitzt.

Der Gerichtsarzt war der Ansicht, daß die Antragstellerin wohl noch zu leichter Arbeit fähig sei, aber es sei fraglich, ob sie eine Dauerstellung findet.

Fräulein C. ist seit einem Jahre dauernd krank, wohnt allein und lebt von dem, was ihr hilfsbereite Nachbarn zukommen lassen. Trotzdem sie aber auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt keine Verwendung findet, wurde ihr die Rente nicht zugesprochen. Das Oberverwaltungsamt entschied nach reichlicher Ermägung, daß auf Grund der ärztlichen Gutachten zur Zeit keine Invalidität vorliegt. Wenn die Antragstellerin keine Dauerstellung findet, so sei dies nicht auf ihre körperliche Unfähigkeit, sondern auf die allgemeine Arbeitslage zurückzuführen. Fräulein C. bleibt also weiterhin auf die Mitleidigkeit ihrer Nachbarn angewiesen. Es wurde ihr aber trotz Abweisung ihrer Beratung, Reisekosten auch für ihren Begleiter zurückertattet. Das Gericht war wohl von der Hilflosigkeit der Antragstellerin hinreichend überzeugt.

Heilanstalten und Sterblichkeit in Schlesien.

In der Zeit von 1921 bis 1925 (für 1926 und 1927 liegen noch keine Zahlen vor) haben sich in den preussischen Heilanstalten die Betten um rund 10 000 vermehrt. Die Zahl der verpflegten Kranken ist um rund 140 000 gestiegen. Gleichzeitig ist die Sterblichkeit nicht unbedeutend zurückgegangen. Wenn sich nun auch der Einfluß der Vermehrung der Betten und der Beschäftigung der Rückgang der Sterblichkeit inhaltlich nicht einwandfrei nachweisen läßt, so scheint ein gewisser Zusammenhang doch zu bestehen. Die nachstehenden Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1925, während die entsprechenden für das Jahr 1921 in Klammern beigefügt wurden. In ganz Preußen gab es 2210 (2213) Heilanstalten mit zusammen 214 127 (204 473) Betten. Darin wurden 1 884 417 (1 745 682) Kranke verpflegt. Auf je 10 000 Einwohner kamen 56,27 (54,64) Betten und 495,18 (461,36) verpflegte Kranke. Von je 1000 Einwohnern starben 11,55 (13,63). Die verhältnismäßig meisten Betten hatte der Regierungsbezirk Münster mit 29,66 (Köln mit 23,24); die wenigsten die Grenzmark Posen-Westpreußen mit 21,06 (ebenfalls: 19,54), die meisten verpflegten Kranken Regierungsbezirk Köln mit 734,33 (ebenfalls: 717,91), die wenigsten die Grenzmark Posen-Westpreußen mit 193,27 (Sachsen mit 147,18) und je 10 000 Einwohner. Die geringste Sterblichkeit hatte Regierungsbezirk Stade mit 10,06 (ebenfalls mit 11,17), die größte Regierungsbezirk Straßburg mit 15,00 (Oberschlesien mit 19,41) von je 1000 Einwohnern.

Regierungsbezirk Breslau: Heilanstalten: 153 (156), darin Betten: 12 389 (12 919), verpflegte Kranke: 97 565 (95 040). Auf je 10 000 Einwohner kamen Betten: 65,40 (67,70) und verpflegte Kranke: 515,07 (498,04). Von je 1000 Einwohnern starben: 13,77 (17,45).

Regierungsbezirk Liegnitz: Heilanstalten: 89 (89), darin Betten: 5721 (5609), verpflegte Kranke: 46 622 (42 973). Auf je 10 000 Einwohner kamen Betten: 46,43 (45,54) und verpflegte Kranke: 378,41 (348,92). Von je 1000 Einwohnern starben: 13,60 (16,06).

Oberschlesien: Heilanstalten: 73 (69), darin Betten: 4914 (4554), verpflegte Kranke: 32 546 (31 664). Auf je 10 000 Einwohner kamen Betten: 35,66 (33,61) und verpflegte Kranke: 236,21 (222,37). Von je 1000 Einwohnern starben: 14,25 (19,41).

Im Alkoholrausch.

Recht häufig haben sich in letzter Zeit die ordentlichen Gerichte mit Ausschweifungsdelikten zu beschäftigen, die sich im Alkoholrausch auffällig gegen ihre Vorgesetzten benommen haben. Das Militärstrafgesetzbuch steht bei solchen Vergehen recht harte.

Das ideale Laxin Abführ-Konfekt

wir Hans Görlitz als Wagner. Der außergewöhnlich tragende Ionore Bach findet sich auch mit dieser Partie achtungsvoll ab, aber eine etwas beanagte, kurze Lokalisation — man möchte auf fremdsprachliche Einflüsse schließen — behindert den an sich schönen Ton am freien Ausströmen. Eine musikalische und schauspielerische Charakterdarstellung ersten Ranges bot Julius Wilhelm als Bedmeßer. Paul Reinoldes Auftritte eignen sich für die gefanglichen Gesellenküde des Lehrbuben David, der in diesen noch viel, viel frischer aufgesetzt werden kann, Herta Schick vertritt die Rolle der Magdalena zuverlässig und läßt auch einen eindringlichen Gesang hören, nur auf die "komische Alte", die sie doch in Wahrheit sein soll, spielt sie sie nicht hinaus.

Nach den Abschlüssen nahm der Beifall ungewöhnliche Formen an: begeisterte Bravouristen schollen den Hauptbeteiligten entgegen, in deren Mitte sich Cortolezis mit Recht hätte zeigen dürfen. Die Aufführung wurde auf die schließlichen Szenen übertragen.

Nach Mitteilungen der Generalintendant hatten die im Laufe dieser Saison abgehaltenen Anstellungsproben den Erfolg, daß für die kommende Spielzeit mehrere Kräfte verpflichtet werden konnten. Die musikalische Oberleitung wird in den Händen Richard Lerts vom Nationaltheater in Mannheim liegen, das dramatische Koloraturfach wird von Ingeborg Holmgren von der Städtischen Oper Berlin und dem Landesopertheater Prag, das der Charakterfängerin von Frau Darba (Städt. Theater Kiel) vertreten werden, während Leo Weiss vom Städt. Theater in Darmstadt die lyrischen und Spielbartenpartien singen wird. Im großen und ganzen best. sich dieses Ergebnis mit dem von uns empfohlenen. Leider besitzen wir aber immer noch keine neue jugendliche Dramatische, und auch der heraus notwendige Schauspieler ist somit noch nicht gefunden. Wie viel Engagement-Gespieler werden dazu noch nötig sein? M. S. Bay

Theater und Kunst.

Stadttheater.

„Die Meistersinger von Nürnberg“.

Mit einer langersehnten, ebenso notwendigen wie erfreulichen vollständigen Aufführung unserer seit Jahren nicht mehr als repertoiresmäßig gepflegten „Meistersinger“-Aufführung wurde im Stadttheater das neue Jahr begonnen. Der Darstellerbestand wechselte oft und durchgreifend, und so bildete sich vollständig eine Unkenntlichkeit und Mäßigkeit der Wiedergabe heraus, die dem Dirigenten nur noch die Aufgabe überließ, nordrützig ordnend zu wirken oder sich überhaupt ganz auf das Orchester zu beschränken. Darüber hinaus aber war es längst erforderlich, im gesamten Ensemble, einschließlich des Chores, wieder Verständnis für die musikalisch-dramatischen Zusammenhänge des Werkes zu wecken und mit dieser feinen Durcharbeitung dem Werk die Sonderstellung im Spielplan zu sichern, die ihm zukommt. Fritz Cortolezis, der wir leider nicht mehr lange besitzen, ging mit erstem Bemühen daran. Ihm ist es zu danken, daß an die Stelle ausgesprochener Sorglosigkeit eine peinliche Beobachtung deutlicher oder gar überdeutlicher Wortprägung getreten ist, daß das leitmotivische Element, die Seele Wagnerischer Kunst, im Orchester und auf der Bühne nun sorgfältig herausgehoben wird, daß das Ensemble der Meistersinger im ersten Akt und der große Chor im letzten für den Kapellmeister überschüssig aufgestellt ist. Den Erfolg dieser bis ins Detail gehenden Verbesserung konnte man an allen Ecken und Enden wahrnehmen. Endlich einmal wurde eine von Wagner pedantisch gewünschte, wolgengerechte Wiedergabe erreicht. Mit Cortolezis' gemeinschaftlich mit dem Orchesterführer Julius Dehmel's die Reorientierung des Chors angelegen sein mit dem Resultat, daß der Lehrbuben, Krüge- und schließlich der große Aushilflicher des letzten Aktes aber ein nur spärliches "Stappen" hinaus mit stimmungsvol-

ander angelegenen, dynamisch interessant gestuften und vorzüglich ausgefällten Leistungen aufwarten konnten. Wie zu erwarten war, hat die Regie Dr. Herbert Grafs auch an der herkömmlichen Aufmachung manches erneuerungsbedürftigen gefunden. Der zweite Akt bekam ein anderes Nürnberger Stadtbild, das gegenüber dem vorigen mit der langgepredigten Gasse versehen den Vorzug besserer Zentralisierung, vernünftigerer Höhenverhältnisse und lebendigerer Farbgebung besitzt. Auch auf dem Gelände der Gassenwände änderte sich so manches. Hochstrebende, grün-umwundene Farnenitungen halten eine frischfarbige Befragung, die den vorderen Teil der Bühne, den Schauspielplatz der Vorgänge, gegen den weitausgebreiteten Hintergrund gewissermaßen abschließt. Die Zuschauertribüne wurde ein wenig, nun auch dem hinteren Teil des Hauses besser sichtbar, vorgezogen; ein übriges ist geschehen: selbst ein Gastwirt hat sich etabliert, der aus Geschäftsinteressen bei der Begrüßung der Gäste eifrig mitkult.

Walter Warth's Hans Sachs ist seit seiner ersten Wiedergabe der Partie bei uns zunächst in stimmlicher Beziehung bedeutend gewachsen. Die Ansprache „Berachtet mich die Meister nicht“, das Scherzlied zeigen davon; für die ausgesprochen lyrischen Stellen, die Lieblichkeit des Friedermonologs, die Innerlichkeit mancher Stelle des Wahngesanges, bleibt aber noch Vieles, vor allem ein weiterer Grad Weichheit, zu wünschen. Herr Warth wird auch der mimischen Nachzeichnung des gewöhnlichen Scherzpoeten, einer gewiß interessanten und lohnenden Arbeit, seine Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Adolf Giese's lang keine Glanzpartie, den Stolz, wieder in strahlender Schönheit des Tones; das im großen ganzen erfreuliche jugendliche Draufgängerertum wird er gelegentlich um ein geringes mäßigen soll die Würde des Ritterhandes nicht darunter leiden, das sonst sehr wirkungsvoll geungene Preislied wird dann im Tempo nie leicht aus dem mehr so überhebt genommen werden. Dilly Stufans Eva zeichnete sich mehr durch Klangfarbe des Tones als durch Verinnerlichung des Gesanges aus, dem Spiel war dieses Festende unabweisend zu eigen. Zum erstenmal werden

Arbeit über die Wartezeit.

Zur Zerstreung der Missverständnisse über die Wartezeit in der Arbeitslosenversicherung

Die bei einzelnen Arbeitnehmern und auch in einem Teil der Presse über die Verordnung des Reichsarbeitsministers zur Aufhebung älterer Vorschriften über die Wartezeit in der Arbeitslosenversicherung vom 17. Dezember entstandenen Missverständnisse, die wir hören, dieser Tage noch ein besonderes Maß an sich selbst der Reichsanstalt an die Landesarbeitsämter hinaus. Was wir gegenüber diesen Missverständnissen von Anfang an betont haben, wird nun auch von den maßgebenden Stellen ausdrücklich festgestellt. So erklärt Staatssekretär Dr. Geib vom Reichsarbeitsministerium: Durch die Verordnung über die Aufhebung älterer Vorschriften über die Wartezeit in der Arbeitslosenversicherung vom 17. Dezember 1927 wird keineswegs die dreitägige Wartezeit aufgehoben, soweit diese nach der Verordnung des Verwaltungsrates der Reichsanstalt vom 2. Dezember besteht. Die Verordnung vom 17. Dezember hebt vielmehr nur die älteren Vorschriften auf, die der Wartezeitverordnung vom 2. Dezember vorausgegangen waren. Sie hat nur formale Bedeutung und stellt klar, daß nicht zwei Verordnungen nebeneinander gelten. Nach wie vor beträgt also die Wartezeit für Arbeitslose gegenwärtig grundsätzlich drei Tage; nur bezüglich der Saisonarbeiter verbleibt es bei den bekannten Bestimmungen, die der Verwaltungsrat der Reichsanstalt in der Verordnung vom 2. Dezember angeordnet hat.

Daß die Ausnahmeregelungen für die Saisonarbeiter bei etwas sozialem Verständnis kräftig gemildert werden können, zeigt nun auch das Vorgehen des Verwaltungsrates des Reichsarbeitsamtes Berlin, der, geführt auf ein Gutachten der Reichsanstalt, beschlossen hat, daß für solche Arbeiter, die infolge Witterungsumständen die Arbeit einzustellen gezwungen sind, der Absatz 2 des § 2 der Verordnung vom 2. Dezember anwendbar ist, das heißt, die Wartezeit bis auf eine Woche verlängert wird.

Ueber den Familienzuschlag der Arbeitslosenunterstützung für einen arbeitenden Angehörigen des Arbeitslosen gibt der Reichsarbeitsminister — vorbehaltlich der Entscheidung im Rechtszuge — folgenden beachtenswerten Bescheid: „Die Auffassung, daß alle Versicherten, die im Falle der Arbeitslosigkeit selbst Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, als Zuschlagempfinger nicht in Frage kommen, ist meines Erachtens nicht haltbar. § 103, Abs. 3 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung befragt nur, daß der Familienzuschlag für einen Angehörigen nicht gewährt wird, sofern der Angehörige für seine eigene Person Hauptunterstützung bezieht. Steht der Angehörige dagegen in Arbeit, so ist nach Abs. 2 zu entscheiden, ob für ihn der Familienzuschlag zu gewähren ist. Das setzt allerdings grundsätzlich voraus, daß der Arbeitslose den Angehörigen bis zum Eintritt der Arbeitslosigkeit ganz oder überwiegend unterhalten hat (a. a. O. S. 2). Dies wird aber in aller Regel der Fall sein, wenn es sich — wie hier — um einen Arbeiter und seinen Sohn handelt, der als Lehrling nur einen Wochenverdienst von einigen Reichsmark bezieht.“

Es geht schon los!

Die ersten Schwierigkeiten bei der Durchführung des Arbeitszeitstreits für die Metallindustrie Nordwest.

Essen, 2. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Deutsche Metallarbeiterverband teilt mit, daß sich bei der Durchführung des Arbeitszeitstreits für die Metallindustrie Nordwestliche Gruppe und der Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli Schwierigkeiten bei dem Bochumer Verein, bei der Gruppe H. G. in Essen und den Mannesmannwerken in Gelsenkirchen ergeben haben. Die genannten Werke haben die Hinausschiebung der Durchführung des Streiks um 16. Juli beantragt. Sie berufen sich hierbei auf § 2 der Arbeitszeitverordnung, nach dem sie die Mehrarbeit für zwei Stunden bis zu dreißig Tagen beantragen können.

Der Deutsche Metallarbeiterverband vertritt die Auffassung, daß das von den Werken gestellte Ersuchen dem § 7 der Arbeitszeitverordnung widerspricht. Der Metallarbeiterverband hat bei den zuständigen Arbeitsgerichten eine einstweilige Verfügung zur Durchführung des Arbeitszeitstreits und der Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli bei den betreffenden Werken beantragt.

Verbindlicher Arbeitszeitstreik.

Der Räte Dezember von dem Schlichter in Barmen gefällte Streikvertrag über die Regelung der Arbeitszeit in der Metallindustrie des unteren Kreises Solingen ist für verbindlich erklärt worden. Der Streikvertrag legt die Arbeitszeit der weiterverarbeitenden Industrie auf 52 Wochenstunden, für die Hammer-, Press- und kalteinlegenden Walzwerke auf 54 Wochenstunden fest.

Die sächsischen Hüttenarbeiter lehnen ab.

Berlin, 2. Januar. Die Arbeiter in der sächsischen Hüttenindustrie haben sich laut „Vorwärts“ einstimmig für die Ablehnung des am 29. Dezember gefällten Arbeitszeit- und Lohnstreits erklärt. Der Verband der Metallindustriellen wird keine Stellungnahme erst heute abend bekanntgeben.

Lohnbewegungen in Italien.

Lohnbewegungen bei den Seelenen und in der Automobilindustrie.

Ein scharfer Lohnstreik ist zur Zeit zwischen den Reedern und dem Seemannsverband in Italien im Gange. Der Streik kommt vor das oberste Arbeitsgericht, weil eine Einigung nicht möglich war. Die Reederei wollen die Löhne um 20 Prozent kürzen. Der Leiter des sächsischen Seemannsverbandes, Magrini, erklärte, die Lohnkürzung sei für die Arbeiter völlig unannehmbar. Von 1920 bis 1927 hätten die Reederei nicht die geforderten und durch die Teuerung gerechtfertigten Lohnaufhebungen bewilligt. Die englische Handelsmarine habe erheblich höhere Löhne als die italienischen Reederei. Auch in der Automobilindustrie von Turin tobt ein scharfer Lohnstreik. Obwohl im Frühjahr bereits die Löhne um 10 Prozent gekürzt worden waren, sollte nochmals eine Kürzung um 10 Prozent vorgenommen werden. Für den Augenblick hat nur der Einspruch Mussolinis die zweite Lohnkürzung verhindert.

Lohnbewegungen und kein Ende — das ist das von den Reichstagen den Arbeitern versprochene Wort! In ihren Kreisen sollt ihr sie erkennen.

Saisonarbeiter in Russland.

Starke Abwanderung vom Lande.

In Russland machen die Versuche zur Unterbringung der Saisonarbeiter auf den Arbeitsmarkt den Behörden sehr große Sorgen. Vom Arbeitskommissariat, bei dem kürzlich eine Beratung über die Regelung der Arbeitsvermittlung für die Saisonarbeiter stattgefunden hat, wurde festgestellt, daß die Abwanderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung in die Städte ein riesiges Ausmaß angenommen hat. So sind im Jahre 1925/26, wie der „Trud“ (Nr. 289) berichtet, ungefähr 3 1/2 Millionen Saisonarbeiter vom Lande abgegangen, und es ist anzunehmen, daß während des laufenden Jahres diese Abwanderung auf 4 Millionen Menschen steigen ist. Es sind bereits 645 Vereinbarungen über Einstellung von Saisonarbeitern mit den bedeutendsten Wirtschaftsorganen getroffen worden. Aber das alles sind erst schwache Anfänge zur Besserung der Verhältnisse. Vor allem muß die Berücksichtigung der Arbeitsmarkt in verschiedenen Gebieten gründlich ausgebaut werden; ebenso muß zwischen den Arbeitsbörsen (Arbeitsvermittlungstellen) und den Wirtschaftsorganen eine ständige Verbindung geschaffen werden. Bis jetzt ist die noch höchst mangelhafte Organisation der Arbeitsvermittlung in Sowjet-Russland nach lange nicht in der Lage, einen Zustrom von vier Millionen Menschen, die vom Land in die Stadt wandern, einigermaßen zu erfassen.

Vor der Aussperrung der schwedischen Grubenarbeiter.

Die Schlichtungsverhandlungen in der schwedischen Grubenindustrie sind an den Lohnforderungen der Arbeiterschaft endgültig gescheitert. Die Aussperrung ist somit unausweichlich.

Die Arbeiterschaft wird mit mindestens dem gleichen Recht behaupten, daß die Verhandlungen an der Unnachgiebigkeit der Unternehmer gescheitert sind.

Die Hege gegen die Sozialversicherung.

Wohl sämtliche Arbeitnehmer sind sich in ihrer Gesamtheit darüber einig, daß die deutsche Sozialversicherung heute mehr denn je unbedingt notwendig ist. Ein Fehlen derselben, ja sogar schon eine Herabminderung der einzelnen Leistungen würde die schwersten wirtschaftlichen, ja eventuell sogar als logische Folgerung derselben schwere politische Folgen nach sich ziehen. Nicht nur die fortschrittlichen freigewerkschaftlichen Arbeitnehmer gehen in dieser Meinung voll und ganz einmütig zusammen, auch die sonstigen „Gewerkschaften“ schließen sich dieser Meinung an, obgleich sie in sehr vielen Fragen in einem sehr starken Gegensatz zu den freien Gewerkschaften stehen. So befahte sich, um nur ein Beispiel anzuführen, die diesjährige öffentliche Ausschreibung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (christlich-nationale Gewerkschaften) auch mit Fragen der Sozialversicherung. (November 1927 in Hamburg.) Aus dieser Verhandlung sei folgendes wiedergegeben: „Auch die sozialen Beiträge seien zu hoch, wie man es vielfach hinsetzt. Der künftige Ausbau der Sozialversicherung werde sich im allgemeinen auf eine stärkere Sicherung der Rechte der Versicherten, auf mehr Selbstverwaltung und einen Abbau der Verwaltung konzentrieren müssen.“ Mit dieser Ansicht kann man vollkommen übereinstimmen. Es ist erfreulich, daß auch die christlichen Arbeitnehmerorganisationen sich hierüber voll und ganz hinter die Sozialversicherung gestellt haben. Weiter ist noch ein Satz aus diesen Verhandlungen besonders beachtenswert. Er heißt: „Die Sozialversicherung zeitige keine moralischen Schäden und beeinträchtige die wirtschaftliche Entwicklung nicht.“ Es ist von besonderer Bedeutung, daß die christlichen Gewerkschaften diesen Satz, den die freien Gewerkschaften schon seit Jahrzehnten vertreten, sich ebenfalls zu eigen gemacht haben. Man muß deshalb zu der Ueberzeugung kommen, daß sämtliche Arbeitnehmer, ganz gleich welcher wirtschaftlichen und politischen Richtung, die Sozialversicherung als unbedingte Notwendigkeit betrachten und für einen Ausbau derselben eintreten.

Im Gegensatz hierzu steht die Hege, die gegen die Sozialversicherung getrieben wird. Daß jede Einrichtung zur Kritik herausfordert und eine solche notwendigem Maße auch braucht, um nicht zum Stillstand zu kommen, ist selbstverständlich und sogar wünschenswert. Eine Kritik darf jedoch nicht zur Hege ausarten, wie es leider mit der Kritik an der Sozialversicherung der Fall ist. Die Arbeitgeber hegen bereits seit Bestehen der sozialen Versicherungsanstalten mit einer Ausdauer an denselben herum, die mirlich bewundernswert ist und einer besseren Sache würdig wäre. Es ist in der Partei- und auch in der Gewerkschaftspresse schon mehr als einmal auf diese Sache hingewiesen worden, die nicht nur sehr unliebsam ist, sondern auch bedauerliche Folgen nach sich zieht, da von allen Verleumdungen, so unwahr sie auch sein mögen, Feis etwas hängen bleibt. Hierzu kommt noch, daß die Versicherungsanstalten weder die Mittel, noch die Gelegenheit haben, gegen die stetigen Anfeindungen Stellung zu nehmen. Bemerkenswert ist, daß die behördlichen Stellen (Reichsarbeitsministerium usw.) schon mehr als einmal die Krankeinfassen und auch die übrigen Versicherungsanstalten gegen diese zum großen Teil unwahren Anschuldigungen in Schutz nehmen müßten. Das Bedauerliche ist aber, daß nicht nur die Arbeitgeber diesen Redebau mit allen möglichen Mitteln führen, sondern auch die Kreise, die einen finanziellen Vorteil von der Sozialversicherung haben. Daß die große Masse der Ärzte kein Grund der Krankenversicherung ist, ist wohl allgemein bekannt. Es ist dies umso betrüblicher und gleichzeitig merkwürdiger, als ja die Ärzte zum großen Teil ihren Lebensunterhalt durch die Krankenkassen erhalten. So dürfte es in der breiten Öffentlichkeit wenig bekannt sein, daß die Kassen rund ein Viertel ihrer gesamten Beitrags-einnahme für ärztliche Behandlung wieder ausgeben. Diese Ärzte, die also etwa ein Viertel der Einnahmen der Krankenkassen als Honorare erhalten, kämpfen Schulter an Schulter mit den Arbeitgebern gegen die Krankenkassen. Das ist besonders die Dristanrentisten sind, gegen die die Hege geht, sei nur nebenbei bemerkt. Daß diese Hege und die dabei verwendeten Verleumdungen nicht nur gegen die Versicherungsanstalten gehen, sondern daß dabei auch die deutsche Arbeitnehmerenschaft als solche heftig angegriffen wird, ist in unserem kapitalistischen Zeitalter nicht verwunderlich. Um nun hier nicht nur Behauptungen aufzustellen, sondern auch Beispiele zu bringen, seien einige dieser Verleumdungen aus der letzten Zeit hier wiedergegeben. Ein Arzt, der den politischen Rechtsstreifen angehört, hat sich voranfang, ein Buch „Die Schäden der sozialen Versicherungen“ zu schreiben. Diese Broschüre trägt von Vorwürfen gegen die Sozialversicherung und gleichzeitig auch gegen die Arbeitnehmer. Eine besondere Blüte aus diesem Werk:

„Die Krankenversicherung hat viele Volksgenossen unzulässig krank gemacht, das Kranksein zum Beruf erhoben, die Invalidenversicherung viele Menschen vorzeitig arbeitsunfähig und damit arbeitsunfähig gemacht, die Unfallversicherung den Seelenschmerz, zerrüttenden Rentenkampf und Simulantentumwesen geschaffen.“

Die in diesem Satz enthaltenen Behauptungen sind einfach unerbittlich und wohl selten in dieser Schärfe erhoben worden. Wahr ist an dem ganzen Satzschlüssel nur, daß die Unfall-

Löhne in Schweden.

Das schwedische Sozialamt hat kürzlich die endgültige Lohnstatistik für 1926 veröffentlicht. Diese Statistik beruht auf Angaben von 3900 Betrieben. Sie erstreckt sich auf 280 000 Arbeiter, darunter 200 000 erwachsene Männer. Ferner enthält sie Angaben über die Durchschnittsverdienste der Männer, Frauen und Jugendlichen in den verschiedenen Industriezweigen, sowohl für Arbeit im Stücklohn als im Zeitlohn.

Der Durchschnittslohn eines erwachsenen Mannes betrug im Jahre 1926 für ganz Schweden 2700 Kronen jährlich. Er belief sich auf 3700 Kronen jährlich für Stockholm. Diese Zahlen bedeuten eine Steigerung der Löhne um 118 Prozent im Vergleich zu 1913, um 2 Prozent im Vergleich zu 1925, und eine Senkung um 25 Prozent im Jahre 1920. In diesem Jahre hatten die Löhne ihren Höchststand erreicht. Der Stundenlohn eines erwachsenen Mannes betrug im Landesdurchschnitt 1,19 Kronen und 1,60 Kronen für Stockholm. Wenn man diesen Angaben die Schwankungen der Lebenskosten gegenüberstellt, kann man feststellen, daß diese, nachdem sie in den Jahren 1924/25 gleich geblieben sind, im Jahre 1926 eine Verringerung aufwiesen, so daß der Jahresverdienst der Arbeiter innerhalb dieser drei Jahre eine leichte Steigerung aufwies. Daraus geht hervor, daß die Reallohn im Jahre 1926 gegenüber demjenigen des Jahres 1913 um 26 Prozent und im Vergleich zum Jahre 1925 um 4 Prozent gestiegen sind. Die vom Sozialamt veröffentlichten Statistiken zeigen einen beträchtlichen Unterschied zwischen den reinen Exportbetrieben und denjenigen, die für den Inlandsmarkt arbeiten. Obgleich dieser Lohnunterschied in den letzten 3 Jahren geringer wurde, haben die Arbeiter in den für den Inlandsmarkt arbeitenden Betrieben durchschnittlich 16 bis 20 Prozent mehr verdient, als die in den Exportbetrieben beschäftigten Arbeiter.

Änderung der englischen Gewerkschaftsgesetzgebung.

Mit dem heutigen Tag ist das Gesetz in Kraft getreten, durch das den Gewerkschaften die Erhebung einer Abgabe für politische Zwecke verboten wird. Dieser Wechsel in der Gewerkschaftsgesetzgebung, gegen den sich die Gewerkschaften außerordentlich wehrten, hat weitgehende Auswirkungen, da er nicht nur den finanziellen Standard der Gewerkschaften erheblich beeinflusst, sondern auch von großer politischer Bedeutung ist. Die Gewerkschaftsführer versuchen, auf anderem Wege den Ausfall zu decken.

versicherung einen zerrüttenden Rentenkampf geschaffen hat. Dieser Kampf wird jedoch nur auf Kosten der Versicherten ausgeführt, die in den allermeisten Fällen um jede armelige Unfallrente monatlang kämpfen und prozessieren müssen. Der Verfasser schiebt jedoch die Schuld an diesem Rentenkampf den Versicherten in die Schuhe, denn es heißt auf einer anderen Seite der Broschüre: „Den Berufsgenossenschaften sind die Schäden der Unfallversicherung, vor allem die Rentenschuld, natürlich genau bekannt.“ Als Hauptursachen der deutschen Sozialversicherung wird die „Krankheitsversicherung“ bezeichnet. Nachmals kurz zusammengefaßt wird in dem Werk ausgeführt:

1. Die Unfallversicherung läßt den Willen zur Arbeit.
2. Die Krankenversicherung läßt den Willen zur Gesundheit.
3. Die Altersversicherung zerfließt den Sparsinn eines Volkes.

Wir wollen uns weitere Wiedergaben sparen. Die Arbeitgeber haben also in ihrem Kampfe einen tüchtigen Bundesgenossen gefunden. Der Zweck des sehr verdächtigsten Machts ergebenden Verleumdungsbüchles ist, die vor der Tür stehenden Wahlen zu den Organen der Sozialversicherungsträger zu beeinflussen. Die aufgestellten Arbeiterhege ist genügend, was sie von derartigen Schreiberleuten zu halten hat und was ihr die Sozialversicherung ist und bedeutet. Die großen indifferenten Kreise, die heute immer noch weit in der Arbeiterhege hineinstecken, und auch das gekammerte Kleinbürgertum nehmen natürlich derartige Offenbarungen als bare Münze hin. Die Arbeitgeber können oder wollen eben nicht einsehen, daß die Beiträge zur Sozialversicherung Teile des Lohnes sind, den die Arbeitenden sich im Schweige ihres Angesichts verdienen müssen. Je niedriger die Löhne und Gehälter sind, desto höher sind die Anforderungen, die an die Träger der Sozialversicherung gestellt werden und logischerweise gestellt werden müssen. Je schlechter die Arbeitsbedingungen der großen Masse sind (ungenügende Entlohnung, ungesunde Arbeitsräume, zu lange Arbeitszeit usw.), desto eher und besser werden die Kräfte der Arbeitenden vergeudet. Gerade dieser Raubbau an Gesundheit und Leben der arbeitenden Kreise hat ja erst die Schaffung der Sozialversicherung notwendig gemacht. Je mehr dieser Raubbau betrieben wird, desto mehr müssen sich die Träger der Sozialversicherung, die zur Heilung dieses Schadens geschaffenen Einrichtungen in Anspruch genommen werden. Einer gesteigerten Inanspruchnahme müssen logischerweise erhöhte Beiträge zum Zug folgen. Es kann aus diesem Grunde an alle Gegner und Feinde der Sozialversicherung nur der Ruf gehen:

„Schafft bessere Arbeitsbedingungen, bezahle die Arbeitenden anständig, verkürze die Arbeitszeit, und die Sozialversicherung wird zu einem großen Teile illusorisch werden.“

Mit dieser Erwiderung kann man ohne alle Mühe sämtliche Gegner der Arbeiterversicherung mundtot machen, da sie auf diese stichhaltige Meinung nichts antworten können und mit ihrem Latein zu Ende sind. Je niedriger die Löhne sind, desto höher müssen die Beiträge zu den Sozialversicherungen sein. Diese kinderleichte Weisheit können die Arbeitgeber, die doch sonst so gute Rechner sind, nicht einsehen. Wenn wirklich einmal ein Versichert irgendwelche Leistungen der Sozialversicherung unbedingterweise in Anspruch nimmt, so wird der betreffende Versicherungsanstalt schon von sich allein heraus soviel Machtmittel und auch die Gelegenheit haben, die Sache in Ordnung zu bringen. Aber wegen einiger dieser Ausnahmefälle behaupten zu wollen, daß die Sozialversicherung zur Faulheit und Krankheit erziehe, wirkt ein sehr merkwürdiges Licht auf die Ausreiter dieser Verleumdung.

Die Leistungen der sächsischen Landesversicherungsanstalt.

Die Landesversicherungsanstalt Baden hielt dieser Tage eine Ausschreibung ab, in der als wichtigster Beleggegenstand der Geschäftsbericht für das Jahr 1926 zur Sprache kam. Der Bericht bringt einige interessante Angaben über die Leistungen der Anstalt. Die Landesversicherungsanstalt hat am Ende des Berichtsjahres 140 Beamte und 39 Angestellte beschäftigt. Die Einnahmen der Anstalt aus Beiträgen betragen im Jahre 1926: 29 042 545 Mark, die Gesamteinnahmen 25 009 219 Mark; die Gesamtausgaben betragen 21 872 693 Mark; 13 326 848 Mark hiervon sind in Form von Renten an die Versicherten ausbezahlt worden. Die Anstalt unterhält 3 Heilanstalten, deren Gesamtwert 1 699 552 Mark beträgt. Die Zahl der abgetesteten Karten ist infolge der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahre um 62 016 Stück zurückgegangen. Der Betrag der Landesversicherungsanstalten, etwa 80 Prozent der Beitragsentnahmen für Heilverfahren zu verwenden, ist in Baden nicht nur eingeführt, sondern sogar über die Hälfte ausbezahlt worden. Die Zahl der Rentempfangsbefugten beträgt 71 000. Von den 21 000 Anträgen auf Heilverfahren sind 80 Prozent genehmigt, 17 Prozent abgelehnt worden, 3 Prozent sind noch unerledigt. Der Antrag des Verbandes der Sächsischen Jugendberbergen 5000 Mark zu überweisen hat 3006 Mark wurde angenommen, ebenso ein Antrag, den Beitrag für Verbände der Kranken- und Heilbeschäftigten von 10 000 auf 20 000 Mark zu erhöhen.

Aus aller Welt.

Philipp Snowden,



Der Schatzkanzler der früheren Arbeiterregierung Groß-Britanniens, der seinen Austritt aus der I.L.P. (Unabhängigen Arbeiterpartei) erklärte, gab bekannt, daß er angehöre der außerordentlichen Fortschritt der Arbeiterpartei ein Weiterbestehen der I.L.P. nicht mehr für gerechtfertigt halte. Snowdens Austritt hat mit Recht Aufsehen erregt, zumal der 64-jährige, der seit 1906 dem Unterhaus als sozialistischer Abgeordneter angehört, einer der ältesten und bedeutendsten Sozialisten des Inselreichs ist. Philipp Snowden war ursprünglich Beamter, später Journalist und Lehrer, wurde durch einen Unfall verkrüppelt, hat aber als Arbeiterpolitiker stets mit vorbildlicher Fähigkeit für die Sache der Entschieden gekämpft. 1903/04 war er Führer der I.L.P. und im Cabinet MacDonald bewies er als Schatzkanzler, daß er der bedeutendste Finanzfachverständige der englischen Arbeiterbewegung ist. Snowden ist auch als scharfer Gegner des französischen Militarismus hervorgetreten.

Zunahme der Vereisung der Elbe.

Die vergangenen wenigen Tauwettertage haben die Eisverhältnisse der Elbe eher erschwert als gebessert. Das Eis der Oberelbe, das abwärts trieb, legt sich jetzt am Untereislauf wieder fest. An den Ufern der Unterelbe sind stellenweise hohe Anhäufungen der Eismassen. An den wichtigsten Stellen unterhalb des eigentlichen Stromlaufes besteht der Strom immer mehr. Die Klein- und Schleppverkehr ist vielfach zum Erliegen gekommen. Größere Dampfer bahnten sich mit Mühe einen Weg durch schweres Treibeis. Der Fährverkehr im Hafen ist ebenfalls fast behindert. Bei plötzlichen Einbrüchen von Tauwetter würden die in Bewegung geratenden Eismassen die Schiffsahrt in eine neue schwierige Lage versetzen. Die Vereisung der Elbe hat jetzt einen Grad erreicht, wie er seit langem nicht zu verzeichnen war.

Eisgefahr in ganz Deutschland.

Aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands wird ebenso wie aus allen Gegenden Europas wachsende Eisgefahr gemeldet. Die Elbe hat neuerdings einen Grad an Vereisung erreicht, wie er seit langem nicht mehr beobachtet wurde. Die Klein- und Schleppschiffsahrt ist dadurch fast ganz zum Erliegen gekommen. Auch die Donau gleicht nach den hier vorliegenden Meldungen einer tiefen Eiswüste. Die niederösterreichische Stadt Gaimburg ist durch Isolation bedroht. Alle Versuche, die in der Nähe dieser Stadt gelegene eisige Eisbarriere durch Sprengungen zu lockern und den Donauverkehr zu sichern, sind bisher völlig ergebnislos geblieben, so daß die Gefahr einer katastrophalen Ueberflutung besteht. Aus Bosnien kommt sogar die Meldung, daß wegen der dort vorherrschenden Kälte und der Schneeverwehungen eine Hungersnot ausgebrochen sei. Auch die schwedische Wehrhäfte ist jetzt vom Eis bedroht. Viele der berühmten kleinen Schären-Inseln und Hunderte von Fischerfamilien sollen bereits durch Hungergefahr bedroht sein.

Opfer der Schneestürme.

Durch einen furchtbaren Schneesturm in der Schweiz wurden mehrere Wochen Nordamerikas heimgesucht worden. Zahlreiche Ortschaften sind durch die Schneeverwehungen von der Außenwelt abgeschnitten. Hunderte von Personen sollen bei dem Anwesen der Tot gefunden haben. In Illinois, Wisconsin, Iowa und Minnesota haben die Schneestürme fast den gesamten Eisenbahnverkehr eingestellt. In dem Michigan-See sind zahlreiche Dampfer im Eis festgefahren. Die Kälte hat in einigen Stunden 47 Grad unter Null erreicht. Die Chaussees und Wege sind durch den Schnee fast ganz abgeschnitten, und man kann kaum noch die Spur der Landstraßen auf dem Schnee erkennen. Durch den Schneesturm ist die Kohlenzufuhr vielfach in Frage gestellt, und der Eisenbahnverkehr wird infolge der weiten Entfernungen auf sehr viele oder drei Tagen wieder frei werden. Durch Fällung soll der eigentliche Schneesturm rasch Hilfe gebracht werden.

Einem Schneesturm auf Helgö, der hauptsächlich Japaner, hat schon Personen zum Opfer gefallen. Der Schnee liegt inzwischen ansehnlich.

Schwere Explosionsunfälle in England.

Zwei aufeinanderfolgende Gasexplosionen haben in Rochester in England die Arbeit zur Verhütung eines Gasexplosions, fünf Personen erlitten dabei schwere Verletzungen. Ein Verletzter in den elektrischen Kabeln hat das Gas von Handlung ausströmende Gas erstickt und die Explosion verhindert. Ein Leben kostete unter der Last der Explosion niemand. Als Arbeiter betrieblieh, erlöste ein Gas Explosion, die die Hauptarbeiten von auf die Straße verdrängte. Fünf Personen sind bei der Explosion verletzt worden. Gemäß dem Bericht der Untersuchungsbehörde hat ein Arbeiter, der sich in der Nähe der Explosion befand, sich durch einen plötzlichen Gasexplosion

verfügte in Hamilton Lanarkshire in Schottland ein großes Etagenhaus, wobei zahlreiche Personen verschüttet wurden und zwei Personen ernste Verletzungen erlitten. Bei den Rettungsarbeiten wurden ein Schuhmann und ein Feuerwehrmann von herabfallenden Trümmern leicht verletzt. 39 Menschen sind durch das Unglück obdachlos geworden, darunter 26 Kinder. Einer dritten Gasexplosion in Huddersfield in England fielen vier Kinder zum Opfer. In der von einer Familie namens Haigh bewohnten Etage hatte sich während der Nacht Gasgeruch bemerkbar gemacht. Als die älteste Tochter ein Streichholz anzündete, schloß eine gewaltige Gasflamme empor. Mutter und Tochter flüchteten, während drei kleinere Kinder zurückblieben. Das größere Mädchen lehrte sofort zurück, um die Geschwister zu retten. Später fand man die verkohlten Leichen aller vier Geschwister. Das ganze Stockwerk war eingestürzt. Von besonderer Tragik ist der Umstand, daß die Familie am Weihnachtstage ihr fünftes Kind verloren hat, so daß die Eltern nunmehr ihrer sämtlichen Kinder beraubt sind. Auch die Mutter hat schwere Verbrennungen im Gesicht erlitten. Der Vater befand sich während des Unglücks im Dienst.

Drei Züge zusammengestoßen.

In Chicago ereignete sich Sonnabend infolge eines Schneesturmes ein ungewöhnliches Bahnunglück, nämlich ein Zusammenstoß von drei Personenzügen der Chicago- und Alton-Eisenbahn. Dabei wurden 25 Personen verletzt. Der Unfall entstand dadurch, daß ein Personenzug zur Wasserabnahme anhält, der nachfolgende Zug dicht dahinter halt machte, ein dritter Zug in den zweiten hineinfuhr und diesen in den vordersten Zug hineinstieß.

In die Luft gesprengt

wurde in der Silvesternacht in Scranton (Pennsylvania) das Gebäude der Zeitung „Scranton Sun“. 16 zur Explosion gebracht stangen Dynamit zerstörten den drei Stockwerke hohen Bau vollkommen. Durch die gewaltige Gasflamme und das juchzende Geräusch der Explosion brach in den umliegenden Lokalen, wo zahlreiche Gäste Silvester feierten, eine unbeschreibliche Panik aus. Es soll sich bei der Explosion, die vom Maschinenraum ausging, um eine Kasseakt handeln.

Mercedes Gleise wiederum gescheitert.

Der am Montag unternommene Versuch der englischen Steinsteinstation Gleise, die Straße von Gibraltar zu durchschwimmen, ist wiederum gescheitert, trotzdem die Schwimmrin nur noch wenige Kilometer von ihrem Ziel entfernt war. Sie mußte aber schließlich wegen allzu rauher See aufgeben.

Kohlenmangel in Berlin.

Ein großer Teil der Kleinhandelskohlhändler in Berlin ist immer noch ohne Brennstoff. Dieser Mangel macht sich infolge der anhaltenden Kälte jetzt in vielen Gegenden Berlins fühlbar bemerkbar. Das trifft insbesondere auf die Gegenden zu, wo sich vorwiegend ältere Häuser mit Ofenheizung befinden.

Keine Erhebung der Grenzsperr für Barmat.

Zu Beginn der Verhandlung im Barmatprozeß am Montag verkündete der Vorsitzende in den bereits gemeldeten Anträgen der Verteidigung der Gebrüder Julius und Henry Barmat auf Freilassung der Reaktionen und Aufhebung der Grenzsperr den Beschluß des Gerichts, von dem jetzt hinterlegten Kautionssummen 3000 Mark für Julius und 2000 Mark für Henry Barmat freizugeben. Die weitergehenden Anträge sind abgelehnt worden, also auch derjenige auf Aufhebung der Grenzsperr für Julius Barmat.

Zwei Kinder ertranken.

Am Neujahrstage tranken mehrere Kinder am Ufer der Kobach (Mittelrhein). Es löste sich eine Eisscholle, die mit vier Mädchen auf ein Wehr zurück. Ein Kind konnte noch rechtzeitig an Land gezogen werden, ein zweites wurde von einer Frau aus dem Wehr gezogen, während die beiden anderen Mädchen im Alter von sechs und neun Jahren ertranken. Die Leichen konnten bisher nicht geborgen werden.

Jahresende eines Jahresrückblicks.

Der berühmte Jahresrückblick und Schwindler Jakob Hippmann hat in letzter Zeit wiederholt jungen Leuten durch allzuviel Tricks ihre guten Jahre über abhandelt, wurde am Silvesterabend in Charlottenburg festgenommen. Man hat dem Verbreitenden bisher fünfzig Taler vorgeschrieben, die er auch alle zahlt. Er verspricht sich aber dagegen, daß er die Köpfe der Räder mit Gewalt von den Maschinen gelassen hat und daß er niemals mit einer Kasse getroffen habe.

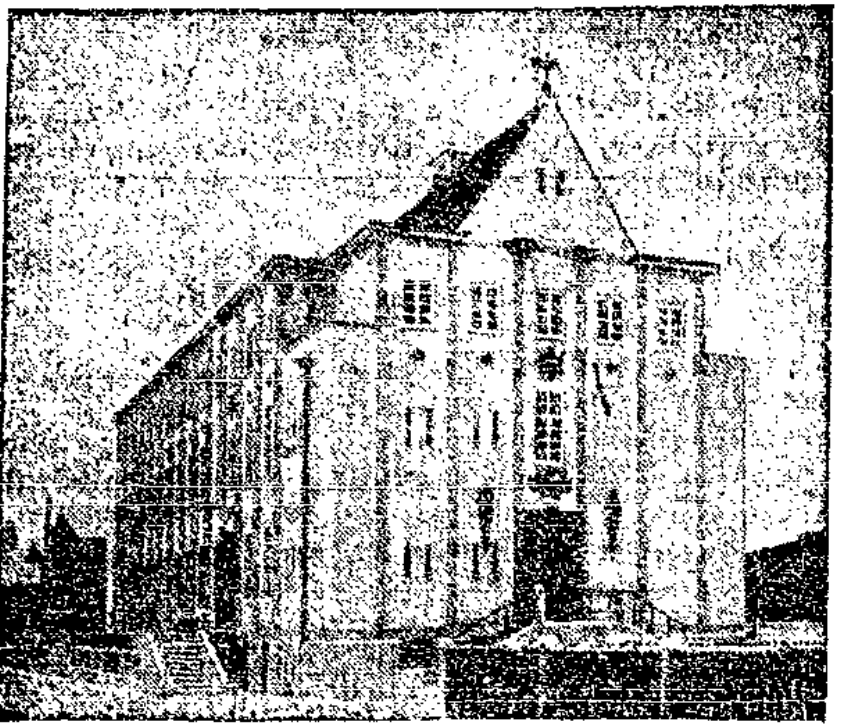
Schwerer Untergang bei Lindenberg.

Ein schwerer Zusammenstoß ereignete sich Montag morgen gegen 10 Uhr in der Chaussee zwischen Mahlow und Lindenberg. Der 31 Jahre alte Chauffeur Richard Rehrberg kollidierte mit einem Lastwagen mit Anhänger auf dem Wege nach Lindenberg, um die Kräfte der Post mit Rehrbergs wie gewöhnlich dem Hauptort, umgekehrt in der Höhe der Lindenerberger Mühle versuchte Rehrberg ein Unfälle vorzubeugen, was zu überholen,

Ein glücklicher Familienvater.

Dem Hauptkassier der spanischen Sechshundertletzte fiel auf den letzten Sonntag Joh. Peter Gumbel, einer Vater von vier Kindern, ein Anteil von 5000 Dollars (121 000 Mark). Dieser Geld zeigt ein glücklicher Familienvater mit seiner Familie, die den unerwarteten Gewinn ebenfalls gut genutzten können.

Neubau der Münchener Krankenkasse.



In München wurde jedoch das neue Verwaltungsgebäude der Allgemeinen Ortskrankenkasse München seiner Bestimmung übergeben.

während mehrere Frauen auf dem Wege zur Arbeit vor ihm her radelten. Das kleine Postauto fuhr den Lastwagen an, dessen Steuerung verlagte. Der schwere Wagen ramte gegen einen Baum, überschlug sich und stürzte in den Chausseegraben auf das Postauto, das sich ebenfalls überschlagen hatte. Rehrberg wurde der Schädel zertrümmert, so daß er auf der Stelle seinen Tod fand. Durch die Explosion des Benzintanks gerieten die Wagen und die Ladungen in Brand. Die Feuerwehren von Lindenberg und Mahlow, die zu Hilfe gerufen wurden, mußten lange Schlauchleitungen nach den Miefeldern legen, um das Feuer löschen zu können.

Beim Eislauf erschossen

wurde auf bisher ungeklärte Weise in Pulk in der Mark der elfjährige Sohn des Redakteurs Wölfer. Die Kugel hat die Lunge durchbohrt und war dicht am Herzen liegen geblieben. Der Revolververursacher konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Der Spirituosenversteigerer wegen Unterschlagung gestrichelt.

Der Spirituosenversteigerer Karl Seefeld, Potsdam, der seit einigen Tagen verschwunden ist, hat, wie jetzt herausgefunden, 10 300 Mark unterschlagen und ist geflohen.

Durch einen Kanonenknall getötet.

In Hahnentee (Haag) ist in der Silvesternacht bei einer Familienfeier Direktor Auerbach von der Rhein-Metall-Kriegesgesellschaft tödlich verunglückt. Als er wegen des Zerplatzens eines Kanonenschlages nachschah, entlud sich dieser. Direktor Auerbach wurde die Schädeldede weggerissen, so daß er auf der Stelle tot war.

Zusammenstoß zwischen Omnibus und Güterzug.

Montag vormittag wurde der von Lunzenu nach Wittweida fahrende Omnibus der staatlichen Kraftwagenverwaltung an dem unbewachten Bahübergang bei Gückshain von einem Güterzug erfasst und etwa 20 Meter zur Seite geschleudert. Vier Fahrgäste wurden leicht verletzt.

Eigenartiger Autounfall.

In der Neujahrnacht fuhr in Hamburg ein Autoomnibus, dessen Fahrer einer Kraftfahrtschule ausweichen wollte, in das Schaufenster einer Gastwirtschaft in der Wilhelmstrasse hinein und wurde erst durch den zwischen den Schaufenstern befindlichen Mittelpfiler, dessen Kern ein schwerer eiserner Träger ist, aufgehalten. Von den zahlreichen Gästen in der Wirtschaft erlitten sechs mehr oder weniger schwere Verletzungen. Zwei Frauen mußten mit Bein-, Kopf- und inneren Verletzungen dem Spital zugeführt werden.

Durch einen Brand fast vollkommen eingeeichert

wurde am Montag vormittag die in den Kriegsjahren als Notkirche erbaute sogenannte Ruientirche in Wien. Es handelt sich um einen Holzbau. Nur die Orgel konnte in Sicherheit gebracht werden. Es bedurfte der größten Anstrengungen der Feuerwehr, die nach von Polizei und Militärabteilungen unterstützt wurde, das in unmittelbarer Nähe befindliche Karmeliter-Kloster sowie die umliegenden Stöckelhäuser zu retten.

Erdböhe in der Höhe von Rom.

Im Laufe des Sonntag sind wieder drei Erdstöße in Rom bei Rom verspürt worden, von denen der eine ziemlich stark war und vier Sekunden dauerte.

Ein englischer Dampfer gestrandet.

Der englische Dampfer „Red Car“ ist auf der Schelde gestrandet. Das Schiff wird für verloren angesehen. Die Besatzung konnte mit einem Rettungsboot in Sicherheit gebracht werden. Bei Bergungsversuchen geriet der britische Schleppdampfer „Humber“ auf Grund. Man hofft ihn bei Hochwasser wieder flott zu bekommen.

25 000 Gulden unterschlagen.

Der Leiter der Verwaltung des künftigen Gesundheitsamtes in Rotterdam ist mit einem Betrage von 25 000 Gulden, die für die Auszahlung von Gehältern und Löhnen bestimmt waren, plötzlich verschwunden. Man vermutet, daß er nach Paris geflüchtet ist.

